



# HEINRICH BÖLL FOUNDATION

## REGIONALBÜRO MITTELAMERIKA, MEXIKO, KARIBIK

POLITISCHER JAHRESBERICHT  
Juli 2004 - Juni 2005

### Inhalt

|  |           |
|--|-----------|
| <b>I. Regionale Themen</b> .....   | <b>2</b>  |
| WAHLEN IN DER ORGANISATION AMERIKANISCHER STAATEN (OEA) .....  | 2         |
| FREIHANDEL: .....  | 3         |
| Das II. Dialogforum zum Globalabkommen Mexiko-Europäische Union .                                    | 3         |
| Freihandelsabkommen der USA mit Zentralamerika und der<br>Dominikanischen Republik: DR - CAFTA ..... | 4         |
| GENDERSPEZIFISCHE ANSÄTZE SOZIALER GEWALT .....  | 7         |
| Soziale Gewalt und Gender .....  | 8         |
| PEKING +10 .....   | 8         |
| WASSERPROBLEMATIK IN DER REGION .....  | 10        |
| <b>II. Länderberichte</b> .....  | <b>12</b> |
| MEXIKO .....   | 12        |
| Politischer Überblick .....  | 12        |
| Mexiko im Dauerwahlkampf .....   | 12        |
| Aufhebung der Immunität und Rechtsstaatlichkeit .....  | 14        |
| Menschenrechte .....   | 15        |
| Ciudad Juárez .....  | 16        |
| Wirtschaft .....   | 16        |
| Risikofaktor Asien .....   | 17        |
| Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland (remesas)                                      | 18        |
| Die Armut dauert an... die Arbeitslosigkeit auch .....   | 18        |
| EL SALVADOR .....  | 19        |
| Polarisierung und relative politische Stabilität .....   | 19        |
| Der Preis der Gewalt in El Salvador .....  | 20        |
| Eine Wirtschaft ohne Wachstum .....  | 21        |
| NICARAGUA .....  | 21        |
| Politfolklore in Nicaragua .....   | 21        |
| Allgemeine wirtschaftliche Indikatoren .....   | 24        |
| Soziale Situation: Armut .....   | 24        |
| KUBA .....   | 25        |
| Umwelt, Soziales und die Entdollarisierung der kubanischen<br>Wirtschaft .....                       | 25        |
| Verhältnis zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten .....   | 26        |
| Kuba-Europäische Union .....   | 27        |
| Wirtschaft .....   | 27        |

## I. Regionale Themen

### WAHLEN IN DER ORGANISATION AMERIKANISCHER STAATEN (OEA)

Gegenwärtig ist die OEA<sup>1</sup> das wichtigste politische Forum für den multilateralen Dialog und für Entscheidungsfindungsprozesse auf dem amerikanischen Kontinent. Nach dem kalten Krieg vertieften die Mitglieder ihre Beziehungen, aber erst 1994 beschlossen sie, auch die OEA zu stärken: Beim Gipfeltreffen „Cumbres de las Américas“<sup>2</sup>, verpflichteten sich die 34 Staats- und Regierungschefs (mit Ausnahme Kubas, das seit seinem Ausschluss 1962 nicht Mitglied der OEA ist), dem Organismus mehr Befugnisse zu erteilen.

Damit wurde die Organisation zu einem Forum strategisch relevanter politischer Debatten. Die Wahl des Generalsekretärs der OEA gerät daher zur Verhandlung über die Kontrolle der einzigen multilateralen Institution der Region. Nachdem Miguel Ángel Rodríguez, ehemaliger costarikanischer Präsident, im September 2004 wegen Verstrickungen in Korruptionsskandale sein Amt niederlegte, begann ein außergewöhnlicher Verhandlungsprozess zwischen drei großen Blöcken.

Der im Berichtszeitraum entfachte Streit um das Amt des Generalsekretärs der OEA erlangte (oder: ist von besonderer) besondere Bedeutung für Mexiko, Mittelamerika und die Karibik, da zwei der drei Kandidaten aus dieser Region stammen (Mexiko und El Salvador) und die karibischen Länder intensiv ins Visier der Lobbyisten der jeweiligen Lager geraten. Die drei Kandidaten (über Kandidatinnen ist in der Organisation noch nicht nachgedacht worden): Luis Ernesto Dérbez, mexikanischer Außenminister<sup>3</sup>, José Miguel Insulza, chilenischer Innenminister<sup>4</sup>, und Francisco Flores, ehemaliger salvadorianischer Präsident<sup>5</sup>. Zum ersten Mal waren zwei Kandidaten für das Generalsekretariat keine ehemaligen Präsidenten.

Trotz der Unterstützung der Vereinigten Staaten, die – offensichtlich interventionistisch – einen Kandidaten fördern wollten, der die Durchsetzung ihrer Interessen erleichterte, gelang es Flores nicht, die Unterstützung von zwei wichtigen Blöcken zu erreichen: Mittelamerika und die Karibik. Der ehemalige salvadorianische Präsident schied als erster aus dem Wahlprozess aus, was den Interessenkonflikt verschärfte und die USA zwang, für Mexiko Partei zu ergreifen. Doch nachdem sich Insulza der Unterstützung der Südamerikaner und der 10 karibischen Länder versichert hatte, zwang er die Vereinigten Staaten dazu, ihre Position zu ändern und ihn in seiner Kandidatur zu unterstützen. Durch starken Druck seitens der US-amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice sah Mexiko sich gezwungen, seine Bewerbung wenige Tage vor der Wahl zurückzuziehen. Die mexikanische Tageszeitung „Reforma“ schrieb am 8. Mai 2005: „Insulza bestreitet, seinen Sieg den USA zu verdanken.“ Dennoch kommt niemand an dieser Interpretation vorbei. Der Prozess der sogenannten „kontinentalen Einheit“ wurde durch die Enthaltungen von Bolivien und die ungültigen Stimmen Perus und Mexikos erschwert. Die Entscheidung – manche sagen „diplomatische Kleinmütigkeit“ Mexikos, sich der Stimme

---

<sup>1</sup> Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAE) engagiert sich für die Stärkung des Friedens und der Sicherheit, die Konsolidierung der Demokratie, die Förderung der Menschenrechte, die Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf dem amerikanischen Kontinent.

<sup>2</sup> Das erste Treffen fand im selben Jahr in Miami statt, wo es es zu den ersten sozialen Protesten gegen diese Art von Gipfeltreffen kam. Parallel erfand die Zivilgesellschaft die „Cumbres de los pueblos“, der nächste dieser „Gipfel der Völker“ findet in der ersten Novemberwoche 2005 in Mar del Plata, Argentinien statt.

<sup>3</sup> Mit Unterstützung von Kanada, Honduras, San Vicente, Grenadinen und Bolivien.

<sup>4</sup> Mit Unterstützung von Ecuador, Venezuela, Surinam, Brasilien und Argentinien

<sup>5</sup> Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten, der Dominikanischen Republik, von Guatemala, Nicaragua, Costa Rica und Kolumbien.

zu enthalten - hat eine hitzige öffentliche Debatte ausgelöst. Weder Abgeordnete des Senats (Oberhaus) noch des Abgeordnetenhauses (Unterhaus) scheuten sich, die diplomatische Arbeit des Außenministers Dérbez als „inkompetent“ zu bezeichnen und ihn für kommende politische Krisen mit Chile verantwortlich zu machen. Es gab sogar Rücktrittsforderungen.

Insulza, 62, ein Anwalt, der in den letzten Jahren wichtige Ministerposten in der sozialistischen Regierung Chiles innegehabt hatte, trat das Amt des Generalsekretärs am 26. Mai 2005 an. In seiner Eröffnungsrede bat er die Zivilgesellschaft und die Unternehmer des Kontinents um Unterstützung, um die OEA zum wichtigsten kontinentalen Forum zu machen.

Vom Amtsantritt bis zum Berichtsschluss sind drei intensive Monate vergangen, die all jenen Recht zu geben scheinen, die die OEA als das wichtigste multilaterale Forum für politische Verhandlungen in der Region ansehen. Das Generalsekretariat von Insulza war in den ersten drei Monaten Amtszeit mit aktuellen Problemen befasst. Zunächst einmal drehte sich die Diskussion um die Legitimität von Insulza selbst; er sei - bezogen auf die letzte Phase des Wahlprozesses - „Agent der USA“. Die Einigung mit Ländern, die seine Wahl nicht befürworteten, stand auf der Tagesordnung: vor allem mit Mexiko. Mitte Juni scheiterte die Vermittlung Insulzas in der innenpolitischen Dauerkrise Nicaraguas (s. Situation Nicaraguas in diesem Bericht). Die wohl relevanteste Debatte war die - mit einer Niederlage für die USA endende - um die Einrichtung eines Interventionsmechanismus, um jedwedes gewählte Regime zu verurteilen, das nach Einschätzung der USA nicht demokratisch arbeitet. Drei Gruppen lehnten diesen Vorstoß der USA vehement ab: Die erste und vehementeste waren Venezuela und Mexiko gefolgt von allen karibischen Ländern, alle übrigen südamerikanischen Länder, Kanada und einige Länder Mittelamerikas schlossen sich an.

#### **FREIHANDEL:**

#### **Das II. Dialogforum zum Globalabkommen Mexiko-Europäische Union**

Am 26. November 2002 fand in Brüssel das „I. Forum für den Dialog mit der Zivilgesellschaft zwischen Mexiko und der Europäischen Union“ im Rahmen des Globalabkommens über wirtschaftliche Assoziierung und (entwicklungs-)politische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Mexiko statt. Das Abkommen trat am 1. Oktober 2000 in Kraft. Nach Meinung einiger Nichtregierungsorganisationen, wie der hbs-Partner RMALC und CIFCA, war die Realisierung des Forums Ergebnis der Arbeit verschiedener sozialer Organisationen in Mexiko und Europa mit dem Ziel, eine Plattform für die breite zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Begleitung des Globalabkommens zu schaffen. Als Ergebnis hat sich unter anderem die mexikanische Regierung verpflichtet, zum „II. Dialogforum zwischen den Zivilgesellschaften und den Institutionen der Europäischen Union und Mexiko“ einzuladen. Dieses Treffen fand schließlich - nach langem Zögern - im März 2005 statt. Zahlreiche NGOs, AkademikerInnen, ParlamentarierInnen und VertreterInnen der Europäischen Union und Mexikos haben teilgenommen. Das Forum war von Verhandlungsbeginn an - zwischen mexikanischem Außenministerium und Vertretern der Zivilgesellschaft - geprägt von Ungereimtheiten und nicht eingehaltenen Vereinbarungen seitens der mexikanischen Regierung<sup>6</sup>, und das, obwohl eines der Ziele der Dialogforen darin besteht, Zivilgesellschaft und Institutionen beider Seiten in den politischen Dialog zwischen Mexiko und EU einzubinden. In ihrem Eröffnungsstatement hielten einige Organisationen, Akademiker

---

<sup>6</sup> s. Dokumente und Stellungnahme der teilnehmenden Organisationen unter [www.rmalc.org.mx](http://www.rmalc.org.mx) (spanisch)

und Netzwerke fest, dass die bisher einzigen realen Akteure des euro-mexikanischen Dialogs die Regierungen und die großen Unternehmer seien. Die Forderung lautet demzufolge: Andere Regierungsebenen und alle interessierten Gruppen der Zivilgesellschaft, unter anderem indigene Völker und Frauen, sollen zu zentralen Akteuren werden. Die Organisationen schlagen ein Globalabkommen vor, welches auf den Prinzipien einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung beruhen sollte, sie fordern die Aufhebung oder Neuverhandlung des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko und der Europäischen Union sowie der Abkommen zur Förderung von Handel und Investitionen. In alle Arbeitsgruppen brachten mexikanische und europäische Organisationen die bereits auf dem I. Forum in Brüssel diskutierte Vorschläge ein: die Einrichtung eines zivilgesellschaftlichen Kontrollinstruments zum Globalabkommen (Observatorium), die Idee eines gemischten „konsultativen Komitees“ als ständige Dialoginstanz zwischen Zivilgesellschaft und Regierungen über die Umsetzung des Globalabkommens. Als *gemischt* wird das Komitee bezeichnet, weil die Beteiligung von VertreterInnen der Regierung und Zivilgesellschaft im selben Gremium beabsichtigt ist. Darüber hinaus existiert der Vorschlag, eines zivilgesellschaftlichen „Wirtschafts- und Sozialrates“. Hinsichtlich der aktuellen Situation in Mexiko stand die sofortige Freilassung der fünf willkürlich festgehaltenen Mexikaner ganz oben auf der Prioritätenliste der AktivistInnen. Zum Zeitpunkt des II Forums befanden sich noch 5 von knapp 100 der nach den Demonstrationen anlässlich des III. Gipfeltreffens der Europäischen Union und Lateinamerika im Mai 2004 in Guadalajara Festgenommenen in Haft<sup>7</sup>.

#### **Freihandelsabkommen der USA mit Zentralamerika und der Dominikanischen Republik: DR - CAFTA**

Im Gegensatz zu den ursprünglichen Annahmen der Partnerorganisationen der hbs entwickelte sich die intensivste Debatte um das Für und Wider des „DR-CAFTA“ (englische Abkürzung für den Freihandelsvertrag zwischen den USA und Zentralamerika, dem sich die Dominikanische Republika angeschlossen hat) im Senat und im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten und nicht etwa in den Parlamenten der zentralamerikanischen Länder.

El Salvador ratifizierte den Vertrag als erstes Land am 17. Dezember 2004, unter Anwendung eines für das salvadorianische Parlament schon fast typisch gewordenen Schachzugs. Der Vertrag wurde um 3 Uhr morgens (!) ratifiziert. Die rechte Regierungspartei Alianza Republicana Nacionalista, ARENA, übte Druck auf die PCN (zu Zeiten der Militärdiktatur zwischen den 50er und den 70er Jahren Regierungspartei und in der Regel treuer Verbündeter ARENAS), sowie auf die „Partido Demócrata Cristiano“ PDC aus, um die Ratifizierung des Freihandelsabkommens zu erreichen. Der Vertrag wurde gar „ohne Lesung“ angenommen, was nichts anderes heißt, als dass die Parlamentarier nicht zwingend über den Inhalt des Abgestimmten informiert sein mussten - als ginge es um irgendeine irrelevante administrative Regelung. Als zweites Land ratifizierte Honduras das Abkommen in der ersten Märzwoche 2005 mit 123 Stimmen dafür und nur 5 Gegenstimmen, und schließlich ratifizierte Guatemala in der zweiten Märzwoche nach ähnlichen Verhandlungen wie in El Salvador. Die Unterzeichnung wurde in Guatemala ebenso wie in El Salvador als „nationale Priorität“ angesehen, womit die Unterstützung von mindestens 105 Abgeordneten erforderlich war. Das Gesuch um die Ratifizierung des CAFTA wurde dem

---

<sup>7</sup> s. politischer Bericht des Regionalbüros der hbs in CAMEXCA vom Juli 2004.

guatemalteken Parlament erstmals vom Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Außenhandel, Mariano Rayo, vorgelegt, aber mangels der notwendigen Unterstützung an diesem Tag nicht verabschiedet. Durch eine plötzlichen Meinungsänderung innerhalb der Oppositionspartei „Unión Nacional de la Esperanza“, UNE, kamen am nächsten Tag genügend Stimmen zusammen, um den Vorschlag doch noch im Eilverfahren durchzusetzen. CAFTA wurde daraufhin mit 126 Ja und 12 Nein-Stimmen (von 158 Stimmen insgesamt) ratifiziert.

Einige Länder hatten zum Ende des Berichtszeitraums dem Vertrag noch nicht zugestimmt. Nicaragua beispielsweise zog es aus innenpolitischen Gründen vor, die Ratifizierung durch die Vereinigten Staaten abzuwarten. Erst danach wird Präsident Bolaños das Schriftstück dem Parlament vorlegen<sup>8</sup>. An der Unterzeichnung durch Nicaragua bestehen jedoch keine Zweifel. Die Dominikanische Republik befindet sich in einem internen Verhandlungsprozess. Allerdings wird seit der Ratifizierung durch den Senat der Vereinigten Staaten am 30. Juni von einer schnellen Ratifizierung ausgegangen. Mehr Bewegung und weniger Einigkeit gibt es in Costa Rica. Ein großer Teil der organisierten Zivilbevölkerung, aber auch viele nicht organisierte BürgerInnen, haben ihrem Unmut über den Umgang mit dem Vertrag Ausdruck verliehen. Bisher ist unklar, wie Präsident Abel Pacheco die Ratifizierung durch den Kongress herbeiführen will. Die CostaricanerInnen (auf Seite 2 mit „k“ geschrieben), welche im Unterschied zu ihren nicaraguanischen, honduranischen, salvadorianischen Nachbarn funktionierende staatliche Institutionen (wie Versicherungen, Gesundheitswesen und Energieversorgung/ICE) zu schätzen wissen, fürchten die schleichende Privatisierung derselben im Rahmen von CAFTA. Bemerkenswert ist, dass der Freihandelsvertrag in Costa Rica Tages- und Wahlkampfthema ist: Im nächsten Jahr wird dort wie in Nicaragua und El Salvador gewählt.

In den Vereinigten Staaten war ein „Kommen und Gehen“ der Bush-Administration zu beobachten, um den Finanzausschuss des Senats und den Ausschuss für Schiedsverfahren des Repräsentantenhauses dazu zu bringen, die Vorentwürfe des Vertrags anzunehmen, und so den Weg zur Abstimmung im Plenum frei zu machen. Der Finanzausschuss des Senats besteht aus 20 Mitgliedern, 11 Republikanern, 8 Demokraten und einem Parteilosen. Am 14. Juni 2005 wurde eine Abstimmung simuliert, in der der Vertrag virtuell angenommen wurde. Damit wurde der realen Abstimmung am 30. Juni sozusagen vorgegriffen, und so der Vertrag nicht nur im Ausschuss, sondern auch im Senat angenommen trotz der Einwände von Senatoren aus zuckerproduzierenden Bundesstaaten (die die karibische bzw. zentralamerikanische Konkurrenz fürchten), und anderer (Republikaner und Demokraten), die mehrfach Änderungsanträge über den Zugang zu Medikamenten und die Situation des Arbeitsmarktes in ihren Bundesstaaten eingereicht hatten. Die KritikerInnen forderten vor allem technische und logistische Unterstützung (*Trade Adjustment Assistance, TAA*) für US-amerikanische ArbeiterInnen, die in Folge des Freihandelsvertrages ihren Arbeitsplatz verlieren (werden).

Der Ausschuss für Schiedsverfahren des Abgeordnetenhauses besteht aus 24 Republikanern und 17 Demokraten. Die Dynamik im Verhalten der Mitglieder war ähnlich wie im Senat. Am 15. Juni wurde eine Abstimmung simuliert, bei der der Entwurf virtuell mit 25 zu 16 Stimmen angenommen wurde. In der tatsächlichen Abstimmung am 30. Juni wurde der Vorschlag angenommen, die Ratifizierung wird daher in den nächsten Wochen erwartet.

---

<sup>8</sup> Die Ratifizierung im US Abgeordnetenhaus erfolgte mit nur zwei Stimmen Mehrheit Ende Juli 2004.

Es ist davon auszugehen, dass die vehementesten Debatten im Plenum des Abgeordnetenhauses, dem 202 Demokraten, 232 Republikaner und ein Parteiloser angehören, ausgetragen werden. Nur 5 Demokraten haben dem DR - CAFTA ihre Unterstützung zugesagt, ca. 20 Abgeordnete sind noch unentschieden. Spekuliert wird, dass es im republikanischen Lager mindestens 30 Nein-Stimmen oder tendentielle Nein-Stimmen geben wird. Die Argumente der KritikerInnen drehen sich in der Regel um die Auswirkungen der Konkurrenz aus China, den mangelnden Arbeitsrechtsschutz in Zentralamerika und den zunehmenden Druck auf nordamerikanische Zucker- und TextilproduzentInnen. Für die Annahme im Abgeordnetenhaus sind 218 Stimmen erforderlich, d.h. dass weitere 6 bis 16 Stimmen von Demokraten genügen würden, um CAFTA durchzubringen. Eine vor kurzem veröffentlichte Studie<sup>9</sup> besagt, dass „das CAFTA schwerwiegende mittel- und langfristige Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung und die Demokratien Mittelamerikas haben wird“, da es dem existierenden (neoliberalen) Wirtschaftsmodell entscheidende Impulse verleihen und seine Grundannahmen zementieren wird (Markt vor Sozialem; Konzentration als Königsweg zur Wettbewerbsfähigkeit, zunehmende Abhängigkeit von der nordamerikanischen Wirtschaft). Genau diese Verbindung zwischen CAFTA und dem gegenwärtigen Wirtschaftsmodell macht den Freihandelsvertrag so umstritten. Das Abkommen stellt für viele seiner Gegner nichts anderes dar als die Rechtfertigung und politisch-juristische Operationalisierung neoliberaler Ideologie, mithin eines Wirtschaftsmodells, das bis zum heutigen Tage nicht in der Lage war, Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern, im Gegenzug aber bewiesen hat, dass es dazu beiträgt, mehr Ungleichheit zu schaffen. Aus dieser Perspektive bewerten viele GesprächspartnerInnen der hbs CAFTA nicht als Handelsvertrag, sondern eher als ein Mittel der politischen und wirtschaftlichen Eliten, ihre Macht (und die einiger transnationaler Unternehmen) noch fester zu verankern. Die demokratische Struktur des Vertrags erscheint mehr als fragwürdig.

Festzuhalten bleibt, dass in den USA über die Annahme des DR-CAFTA zumindest diskutiert und gestritten wird, während in Mittelamerika (mit Ausnahme von Costa Rica) von Parlamenten und Regierungen in „Nacht- und Nebelaktionen“ Tatsachen geschaffen werden; während viele zivilgesellschaftliche Organisationen und AkademikerInnen über die Vor- und Nachteile debattieren, die CAFTA mit sich brächte. Die Nachteile springen dabei eher ins Auge: Eine relevante juristische Argumentation ist beispielsweise, dass ein *Vertrag* (spanisch: tratado) nicht dasselbe ist wie ein *Abkommen* (spanisch: acuerdo). Für die Vereinigten Staaten bedeutet die Unterzeichnung eines *Vertrags* keinen Rechtskonflikt mit der Gesetzgebung auf Bundesebene, während internationale *Verträge* (im Gegensatz zu *Abkommen*) in den mittelamerikanischen Ländern mit nationalem Recht, teilweise gar mit der Verfassung, kollidieren. Ganz abgesehen von den Nachteilen, die sich aus den wirtschaftlichen Assymetrien der involvierten Parteien ergeben. Die Wahrnehmung ist, dass die USA (und andere entwickelte Länder) den Freihandel für allem für Drittländer anpreisen, während sie ihre Subventionen für die Landwirtschaft und verarbeitende Industrie landwirtschaftlicher Erzeugnisse aufrecht erhalten. Zudem behindern die, leicht manipulierbaren, nichttariflichen Handelshemmnisse diesen sogenannten „Freihandel“ stark. Die Maquila-Exporte aus Mittelamerika und der Karibik sind darüber hinaus ernsthaft durch den Abbau von Exportkosten, die China bislang durch das Multifaser-Abkommen auferlegt wurde und welches Ende 2004 auslief, gefährdet. Mit den niedrigen Produktionskosten der

---

<sup>9</sup> Alexander Segovia: „El impacto del CAFTA sobre el modelo de Desarrollo de Centroamérica.“ Februar 2005. Studie mit Unterstützung des Regionalprogramms „Centroamérica en la Economía del siglo XXI.“ ASIES-IDRC.

chinesischen Textilien, die ab 2005 ohne Einschränkungen auf den US-amerikanischen Markt gelangen, kann die Produktion der Region nicht Schritt halten.

Joseph Stiglitz, Wirtschaftsnobelpreisträger und ehemaliger Weltbankpräsident, fasst die Situation folgendermassen zusammen: „Wenn die Lateinamerikaner durch die amerikanische Freihandelszone ALCA (...) und die regionalen Freihandelsabkommen dieselben Ergebnisse erzielen wie Mexiko mit NAFTA, stehen Frieden und Wohlstand auf der Südhalbkugel auf dem Spiel.“

### **GENDERSPEZIFISCHE ANSÄTZE SOZIALER GEWALT**

Lateinamerika ist ein paradoxer Kontinent: Er gilt, was zwischenstaatliche Konflikte betrifft, als der friedlichste weltweit, weist aber gleichzeitig die besorgniserregendsten Kriminalstatistiken auf. Tatsächlich liegt Lateinamerika nach Angaben des United Nations Development Program (UNDP) weltweit in den Indikatoren *Mordraten* und *Delikte gegen die menschliche Unversehrtheit* an der Spitze - und das mit steigender Tendenz.

Guatemala, El Salvador und Honduras zählen zu den gewalttätigsten Ländern der Region. Und Mexiko scheint den kleinen mittelamerikanischen Ländern Konkurrenz machen zu wollen. Nach Angaben der Weltbank und des UNDP weist beispielsweise El Salvador eine Mordrate von über 50 auf 100.000 Einwohner auf, beinahe das Doppelte des lateinamerikanischen Durchschnitts<sup>10</sup>. In Mexiko beläuft sich die Zahl auf 18 je 100.000 Einwohner<sup>11</sup>, und in Guatemala schätzt man die Rate auf 35 je 100.000 Einwohner.

Die Diskussion über innere Sicherheit, Gewalt - in all ihren Erscheinungsformen - und Gangs (sogenannte *maras*) bestimmt in einigen mittelamerikanischen Ländern und in Mexiko täglich die Tagesordnung der Medien. Die Fragestellungen: Was sind die Gründe für dieses Ausmaß an Gewalt? Wen betrifft sie? Wie hoch sind die Kosten der Gewalt, und wer trägt sie? Darüber hinaus ergeben sich viele Fragen jenseits der materiellen und menschlichen Verluste zu Aspekten wie Unsicherheit und psychische Auswirkungen auf Opfer und ihren Angehörigen.

Nach Angaben von José Luis Soberanes, Präsident der Nationalen Kommission für Menschenrechte (CNDH), hat sich in Mexiko der Drogenhandel auf weite Teile des Landes ausgedehnt. Ebenso haben sich in letzter Zeit zwei Phänomene verstärkt: Gewalt gegen Journalisten und Gewalt gegen Frauen (international bekannt geworden sind die Frauenmorde in Ciudad Juárez).

Das Thema wurde wegen seiner Brisanz während des 7. Gipfels der Staatschefs der Region, des sogenannten „Mecanismo de Diálogo y Concertación de Tuxtla Gutiérrez<sup>12</sup>“, am 29. und 30. Juni 2005 behandelt. Die Amtsträger stimmten in der Notwendigkeit überein, strenge Maßnahmen einzuleiten und ein besonderes Augenmerk auf die Ausbreitung der als „maras“ bekannten Jugendgangs zu richten. Doch trotz des vielfach propagierten Versuchs, der Gewalt durch speziell dafür ersonnene öffentliche Institutionen und politische Maßnahmen Grenzen zu setzen, zeigt sich, dass das Problem von Regierungsseite weder strategisch-systematisch angegangen noch prioritär behandelt wird. Man zieht die Symptomebene vor. So besteht

<sup>10</sup> DALTON, Juan José in der spanischen Tageszeitung „El País“ vom 23. Juni 2005, S.10.

<sup>11</sup> DALTON, Juan José in der mexikanischen Tageszeitung „Monitor“ vom 12. Mai 2005, S. 13A.

<sup>12</sup> Der „Mecanismo Tuxtla Gutiérrez“ wurde von Mexiko im Jahre 1991 ins Leben gerufen. Das erste Treffen fand in Tuxtla Gutiérrez, der Hauptsadt des Bundesstaates Chiapas statt, was dem Gipfel seinen Namen gab.

beispielsweise in El Salvador die am 20. Juni 2005 in Kraft getretene jüngste offizielle Initiative zur Eindämmung der Kriminalität darin, die sogenannten *pandilleros* oder *mareros* und andere Straffällige als *Terroristen (!)* anzuklagen, und zwar nicht nur in Mordfällen, sondern auch bei Delikten wie Waffenbesitz oder Erpressung.

### **Soziale Gewalt und Gender**

Zweifellos besteht, wie aktuelle Studien des UNDP und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) beweisen, ein besonderer Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen. Doch auch wenn ein Phänomen mit dem anderen eng verknüpft ist, weist die Gewalt gegen Frauen aus genderspezifischen Gründen Besonderheiten auf, die intensiverer Untersuchungen bedürfen. Um den komplexen Zusammenhang zwischen frauen- und genderspezifischer Gewalt zu verstehen, ist die Auswertung statistischer Daten relevant; sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen. Einer von der hbs in Auftrag gegebenen Studie zufolge zeigt die geschlechtliche Zusammensetzung der in Mexiko verübten Morde, dass 12% der Morde in Mexiko an Frauen verübt werden. D.h. in Mexiko ist dasselbe Phänomen zu beobachten wie in der übrigen Region: Männer sind die Protagonisten der Gewalt, sowohl als Täter als auch als Opfer. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen tritt noch deutlicher in Erscheinung, wenn man die spezifischen Raten betrachtet: Für Männer beläuft sie sich auf 17,5 auf 100.000 Männer, für junge Männer zwischen 19 und 29 Jahren auf 24,2 je 100.000, während Frauen und Minderjährige davon weit entfernt sind: 2,5 und 2,3 in den entsprechenden Kategorien<sup>13</sup>. (alle Daten bezogen auf Mexiko)

Die Art, wie die öffentliche Debatte zum Thema - Gewalt und Gewalt aus geschlechtsspezifischen Gründen - geführt wird, bringt ein politisch-konzeptionelles Problem zum Vorschein: Entweder es werden absolute Zahlen von Frauenmorden genannt, ohne sie in den Zusammenhang der gesellschaftlichen Gewalt im allgemeinen einzubetten, oder die Leseweise wird praktisch umgekehrt, da die gesellschaftliche Gewalt zusammenhanglos und ohne einen genderspezifischen Ansatz abgehandelt wird.

All das hat das Regionalbüro der Stiftung dazu veranlasst, den Zusammenhang gesellschaftliche Gewalt - Gender genauer zu untersuchen. Es geht darum, einen Zusammenhang herzustellen und eine Bilanz der genderspezifischen Ansätze auf der Grundlage ihrer Zielsetzungen zu ziehen. In den nächsten Wochen werden die Ergebnisse der Studie „gesellschaftliche Gewalt und Gender in Mexiko“ vorliegen, und wir werden auch über die offiziellen Ergebnisse der Studie verfügen, die über dieselbe Thematik auf Veranlassung der UNIFEM in Mittelamerika durchgeführt wurde.

### **PEKING +10**

Die Sitzung der 49. Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 28. Februar bis zum 11. März 2005 in New York hatte das zentrale Ziel, die Umsetzung der 1995 aus der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking hervorgegangenen Aktionsplattform zu bewerten. Vorläufer war die als Peking+5 bekannte Sitzung im Jahr 2000, die eine Resolution über Licht- und Schattenseiten der Fortschritte der Plattform hervorbrachte. Sie beschrieb die Schwierigkeiten, die sich im Zuge der Globalisierung vor allem in armen Ländern ergeben, und

---

<sup>13</sup> Vorab veröffentlichte Daten einer im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung laufenden Studie.

rief zur Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern zur Umsetzung der Plattform auf.

Der Vergleich zwischen der Resolution aus dem Jahr 2000 und der diesjährigen fördert einen krassen Kontrast zutage: Peking+5 lieferte als Ergebnis eine ausführliche und erschöpfende Abhandlung mit Hinweisen zur weiteren Umsetzung der Plattform, während Peking+10 nur einen dünnen, gerade einmal eine Seite umfassenden Text mit fünf Absätzen voll allgemeiner Floskeln als Ergebnis hervorbrachte.

Die Ursachenforschung führt zu der Erkenntnis, dass offenbar nur mit solch einem Papier der Konsens von Peking am Leben erhalten werden konnte; der Gegenwind der konservativen Kräfte wird immer deutlicher spürbar. Und tatsächlich konzentrierte sich die Debatte auf den von den Vereinigten Staaten eingebrachten Änderungsantrag, der vom Vatikan und seinen Partnern unterstützt wurde. Der Antrag stellte in den Mittelpunkt, dass die Plattform nicht obligatorisch eingehalten werden müsse, „und zugleich wird wiederholt, dass (sie) kein irgendwie geartetes neues internationales Menschenrecht begründet und nicht das Recht auf Abtreibung einschließt“. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärte sich bereit, den Änderungsantrag unmittelbar zu Beginn der Sitzung zurückzuziehen, tat es aber erst bei Sitzungsende, um ihre Position zu sichern. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch Costa Rica, Nicaragua oder Panama führten zusätzlich zu der Resolution „Erklärungen ihrer Position“ an; ideologisch im selben Fahrwasser wie der Änderungsantrag aus Washington: Sie stellten klar, dass die Plattform keine neuen Rechte begründe und vor allem nicht das Recht auf Abtreibung einschließe.

Die Resolution von Peking+10 ist von daher nicht mehr als die Bestätigung, dass die Beschlüsse der Plattform einzuhalten sind. Als einzigen neuen Aspekt führt sie einen Bezug auf die Ziele der Millenniumserklärung ein. So heißt es: „Wir unterstreichen, dass die vollständige und effiziente Umsetzung der Aktionsplattform von Peking grundlegend ist für die Verfolgung der international aufgestellten Entwicklungsziele, einschließlich des Inhalts der Millenniumserklärung, und in diesem Zusammenhang betonen wir die Notwendigkeit, die Einführung einer genderspezifischen Perspektive in der hochrangigen Plenarsitzung zur Überprüfung der Millenniumserklärung zu überwachen.“ Dieser letzte Bezug zielt auf die Tatsache ab, dass die Millenniumsziele einen schwachen genderbezogenen Inhalt aufweisen, wobei Ziel 3 die Notwendigkeit definiert, die Beteiligung von Jungen und Mädchen in der Grundschule und in der weiterführenden Schule einander anzugleichen. Das kann zwar für besonders diskriminierende Länder Sinn haben, lässt aber die ganze Nordhalbkugel, beinahe ganz Lateinamerika und einen Großteil Afrikas und Asiens völlig aus dem Spiel, wo dieses Ziel bereits erreicht wurde, bevor es aufgestellt war.

Die Armseligkeit der Peking+10 Resolution (und die der Millenniumsziele) wird auch an den regionalen (Vorbereitungs)Konferenzen deutlich. So schloss beispielsweise die Regionalkonferenz für Lateinamerika und den Karibikraum im Juni 2004 in Mexiko mit einer breit angelegten Resolution, die nach einer langwierigen Begründung darlegt, dass sich die Regierungen der Region verpflichten, politische Maßnahmen und Gesetzesänderungen in den besonders heiklen Themen der Plattform von Peking umzusetzen bzw sie zu überarbeiten versuchen. Der *Konsens von Mexiko*, wie die regionale Resolution genannt wurde, rundet die Erklärung der Regierungen ab: Diese Resolution ist „der regionale Beitrag zur (weltweiten Sitzung der) Frauenrechtskommission in der für März 2005 vorgesehenen 49. Sitzungsperiode“ (Abkommen 8).

Diese Inhalte des *Konsens von Mexiko* wurden jedoch nicht in die bereits beschriebene lakonische Schlussresolution von Peking+10 aufgenommen. Die Schlussbilanz hängt allerdings wie immer größtenteils von der jeweiligen Perspektive ab: Ein Teil der Frauenorganisationen führt an, dass die Dürftigkeit der Ergebnisse von Peking+10 die Schwierigkeiten aufzeigt, in Sachen Frauenförderung voranzukommen. Ein anderer Teil hingegen vertritt eine nüchterne Sichtweise: Wenn auch die alleinige Bekräftigung des Konsens von Peking als ein sehr eingeschränkter Fortschritt erscheint, muss man ihn doch im internationalen Kontext beurteilen, der sich durch Neoliberalismus, militaristische und terroristische Gewalt und die Krise der Vereinten Nationen auszeichnet. Ein Spatz in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dach.

Diese Sichtweise erscheint allerdings nicht ganz unangemessen, unter der Bedingung, dass man aus der Not keine Tugend macht, d.h. solange klar ist, dass sich das Erreichte nicht dem Wünschenswerten nähert. Der aktuelle Rahmen konservativer politischer Entscheidungen erschwert tatsächlich die weltweite Umsetzung der Kernideen der Plattform, die nicht weniger fordert, als genderspezifische Kriterien in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Länder einzubeziehen. Dabei gibt es durchaus Gruppen, die sich freiwillig oder unfreiwillig von dieser Kernidee entfernen, um sich auf Teilaspekte zu konzentrieren, die sich wiederum nur allzu leicht von den übrigen in der Plattform aufgegriffenen Themen trennen lassen. Vielleicht bleibt daher die wichtigste Fragestellung auf internationaler Ebene, wie sich die Kernidee von Peking auf eine Überprüfung der Millenniumsziele aus genderspezifischer Perspektive übertragen lässt, während man in jedem einzelnen Land die Erfüllung der Umsetzung der Aktionsplattform zu begleiten hat.

#### **WASSERPROBLEMATIK IN DER REGION**

Eines der Millenniumsziele der Vereinten Nationen ist, bis zum Jahr 2015 die Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu Trinkwasser haben, zu halbieren. Noch immer haben mehr als eine Milliarde Menschen - 18% der Weltbevölkerung - keinen Zugang zu Trinkwasser. Zudem fehlt nahezu 2,4 Milliarden Menschen der Zugang zu sanitären Anlagen. Jedes Jahr sterben deshalb fast 2,2 Millionen Menschen an Krankheiten, die ihre Ursache in Wasserverschmutzung, fehlenden sanitären Anlagen und mangelnder Hygiene haben. Allein in Lateinamerika und der Karibik wird geschätzt, dass 75 Millionen der 510 Millionen Menschen, die in der Region leben, keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 116 Millionen keinen Zugang zu sanitären Anlagen haben.

Im März 2006 wird in Mexiko Stadt das IV. Weltwasserforum stattfinden. Es wird vom Weltwasserrat und der mexikanischen Regierung ausgerichtet, um Lösungen für die weltweite Wasserkrise zu debattieren. Aufgrund des großen Einflusses, den die Wasserwirtschaft und privatisierungsfreundliche Institutionen wie die Weltbank auf das Forum ausüben, steht die Zivilgesellschaft diesem sehr kritisch gegenüber. Daher werden neben den offiziellen Veranstaltungen alternative Aktivitäten organisiert, die die menschenrechtliche Dimension der Thematik sowie die Problematik der Wasserprivatisierung in den Mittelpunkt rücken.

Sowohl in Mexiko als auch Zentralamerika spitzen sich die Probleme der Wasserversorgung zu, die oftmals mit Umweltverschmutzung und Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung einhergehen.

In Mexiko konzentrieren sich Bevölkerung, Wirtschaft und die größten Wachstumsraten auf das Zentrum, den Norden und Nordosten des Landes,

in dem das Wasservorkommen pro Kopf ungefähr 2000m<sup>3</sup> pro Person und Jahr erreicht, ein Wert, der international als niedrig angesehen wird. Während 1935 im Landesdurchschnitt pro Einwohner noch 11500m<sup>3</sup> zur Verfügung standen, waren es im Jahr 2000 nur noch 4900m<sup>3</sup> und im Jahr 2025 werden es laut Projektionen bei steigendem Bevölkerungswachstum nur noch 3500m<sup>3</sup> sein.<sup>14</sup>

Ursache ist u.a. das Fehlen einer nachhaltigen Wasserpolitik. Ein Paradebeispiel hierfür ist das Wasserumleitungssystem Cutzamala in Temascaltepec im Bundesstaat Estado de México. Durch das Pumpen von 16 Kubikmetern Wasser pro Sekunde über die Wasserscheide nach Mexiko-Stadt wurde in einer ursprünglich wasserreichen Gegend regelrecht Wasserarmut erzeugt, von der hauptsächlich die indigene Bevölkerung betroffen ist. Verschärft wird dieses Problem durch den großen Wasserverlust auf dem langen Transportweg, den enormen Energieaufwand sowie den hohen Wasserverbrauch in Mexiko-Stadt. Würden Maßnahmen zur effizienteren Wasserbewirtschaftung getroffen und die enormen Wasserverluste, die mit den seit 50 bis teilweise 100 Jahren nicht erneuerten Wasservertriebssystemen zusammenhängen, durch Instandhaltungsmaßnahmen reduziert, könnte sich die Hauptstadt Mexikos nahezu selbst versorgen.

Ein weiteres ökologisches, aber auch soziales und politisches Problem entsteht durch den Bau von Staudämmen. Bekannte Beispiele hierfür sind in Mexiko der Staudamm „La Parota“ im Bundesstaat Guerrero sowie in El Salvador der Staudamm „Cimarrón“. Der für 2005 bis 2010 geplante Bau von „La Parota“ würde fünf Gemeinden überschwemmen, so dass 25 000 Menschen umgesiedelt werden müssten und damit zu einem großen Teil ihre Existenzgrundlage verlören. Bisher präsentierte das Projekt der Elektrizitätskommission (CFE) jedoch noch keinerlei Lösung für die geplanten Umsiedlungen. Zudem wurden bis heute weder Studien über gesundheitlichen Risiken für die BewohnerInnen der angrenzenden Gemeinden noch über die zu erwartende Umweltzerstörung durchgeführt. Der Lempa ist der bedeutendste Fluss El Salvadors und zudem wichtigste Quelle für durch Wasserkraft erzeugte Energie. Für 2007 ist dort der Bau des Staudamms „Cimarrón“ anvisiert, ein Vorhaben, mit dem vielfältige Umweltrisiken und soziale Probleme verbunden sind. Hierunter fallen zum einem Probleme wie die zu befürchtende Erosion des Bodens, der Wegfall der Lebensgrundlage der Bevölkerung und deren Umsiedlung.

Eine Möglichkeit der Zivilgesellschaft in der Region, sich kritisch an der Diskussion um diese Projekte zu beteiligen, ist die Einberufung eines ethischen Wassertribunals, im Rahmen des seit 1998 in der Region arbeitenden TCA - Tribunal Centroamericano del Agua, mit Sitz in Costa Rica. Ein solches Tribunal fand erstmals 1983 in Rotterdam statt, um über die Verunreinigung der Rheinquelle zu urteilen. 2000 und 2004 wurde ein Zentralamerikanisches Wassertribunal in Costa Rica einberufen, das zentralamerikanische Fälle - unter denen sich auch der Staudamm „Cimarrón“ befand - vor eine internationale Jury brachte. Anlässlich des Weltwasserforums 2006 wird dieses Tribunal zu einem Lateinamerikanischen Wassertribunal erweitert und in den Kontext weiterer Aktivitäten zur Verletzung des Menschenrechts auf Wasser gestellt. Ein solches ethisches Tribunal hat keine Verbindlichkeit im rechtlichen Sinne, sondern fußt seine Legitimität auf moralische Glaubwürdigkeit, gestützt auf internationale Abkommen und Deklarationen. Das Tribunal ist eine alternative Plattform zur Konfliktlösung und unterstützt die Mobilisierung der BürgerInnen gegen unverantwortliche Wasserpolitik. In den Anhörungen werden ausgewählte Fälle präsentiert und beide Seiten, sowohl Kläger als auch Beklagte - oft Ministerien, Transnationale oder einheimische Firmen - haben die

---

<sup>14</sup> [http://www.boell-latinoamerica.org/download\\_es/SergioVargasIMTA.ppt](http://www.boell-latinoamerica.org/download_es/SergioVargasIMTA.ppt)

Möglichkeit, ihre Sichtweise vor der Jury darzulegen. Diese Jury besteht aus anerkannten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Kultur, die für ihre moralische Integrität geschätzt werden. Das Regionalbüro für Mexiko, Zentralamerika und die Karibik der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt seit 2004 die Aktivitäten des Tribunals. Derzeit koordiniert es die Vorbereitungen der Anhörungen des Lateinamerikanischen Wassertribunals im März 2006 in Mexiko-Stadt.

## II. Länderberichte

### MEXIKO

#### Politischer Überblick

Könnte man zählen, wie oft in den Reden mexikanischer Spitzenpolitiker im Berichtszeitraum das Wort „Rechtsstaatlichkeit“ vorkam, so wäre das Ergebnis nur vergleichbar mit der Anzahl der Nennungen von „Demokratie“ im Zusammenhang mit den historischen Wahlen im Jahre 2000 (Machtwechsel von PRI zu PAN). Die Verteidigung der „Rechtsstaatlichkeit“ (die in Mexiko nur sehr rudimentär existiert) war im Rahmen des zweifellos wichtigsten politischen Ereignisses des vergangenen Jahres in aller Munde. Das Ereignis: Die Aufhebung der Immunität des Regierungschefs (Regierender Bürgermeister) von Mexiko-Stadt, Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der auf diesem Wege von der Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen 2006 ausgeschlossen werden sollte. Die Vorkommnisse stehen im Zusammenhang mit den innerparteilichen Wahlverfahren zur Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten für die Präsidentschaftswahlen am 2. Juli 2006.

Was die Realität der „Rechtsstaatlichkeit“ in Mexiko angeht, so sprechen die Diskussion um die Aufhebung der Immunität von AMLO ebenso wie die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Mexiko oder die nicht vorankommende Aufklärung der Frauenmorde in Ciudad Juárez eine eigene Sprache. Diese drei Aspekte sollen kurz analysiert werden.

#### Mexiko im Dauerwahlkampf

Keiner der vorherigen Präsidentschaftswahlkämpfe hatte so früh und mit solcher Intensität eingesetzt. Möglicherweise der von Vicente Fox, der aber in den Medien erst Bedeutung erlangte, als die parteiinternen Wahlen bereits im Gange waren<sup>15</sup>. In diesem Falle ist der Machtkampf der Kandidaten der jeweiligen Parteien seit beinahe zwei Jahren systematisch in der Öffentlichkeit präsent. Die jeweiligen Anwärter scheinen einen vorgezogenen Wahlkampf aus ihren jeweiligen öffentlichen Ämtern heraus zu inszenieren. Wer sind die Kandidaten der drei wichtigsten politischen Kräfte des Landes<sup>16</sup>?

---

<sup>15</sup> Tatsächlich fokussierte sich die Debatte in der Öffentlichkeit nicht auf die Person Vicente Fox oder die Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten von PAN oder PRD, sondern auf den harten Machtkampf innerhalb der damals regierenden PRI zwischen Roberto Madrazo (Gouverneur von Tabasco) und Francisco Labastida (Staatssekretär).

<sup>16</sup> Zwei weitere abgeschlagene Akteure in der Präsidentschaftswahl sind: Jorge G. Castañeda, der als parteiloser Kandidat antritt (ehemaliger Außenminister der Regierung Fox) und Bernardo de la Garza der mexikanischen Grünen Partei PVEM.

Partido Revolucionario Institucional (PRI): Die PRI, die Mexiko vor dem Wahlsieg von Präsident Fox (PAN) im Jahr 2000 über 70 Jahre lang regierte, versucht mit allen Mitteln, die verlorene Präsidentschaft wieder zu erlangen. Die Partei führt einen unüblichen internen Wahlkampf: Fünf Anwärter (alles Männer, wie auch in den anderen Parteien) verbünden sich gegen einen. Einerseits versucht der gegenwärtige Vorsitzende der PRI, Robert Madrazo, zum zweiten mal in Folge, ernannt zu werden. Andererseits hat sich eine Allianz mit Namen TUCOM (Todos Unidos Contra Madrazo – Vereint gegen Madrazo) von 4 Gouverneuren und einem Senator zusammengefunden, um eine demokratische interne Abstimmung zu erreichen, die verhindern soll, dass Madrazo den Parteiapparat nutzt, um zum Präsidentschaftskandidaten gewählt zu werden. Der von TUCOM gewählte Kandidat wird die stärksten Gouverneure des Landes hinter sich haben und wird mit der Unterstützung der 58 PRI-Senatoren rechnen können. Während Madrazo sich auf die Unterstützung des Parteiapparates verlassen kann, die Stimmen der wichtigsten korporativen Gewerkschaften des Landes inbegriffen<sup>17</sup>.

Partido Acción Nacional (PAN): Die PAN, rechtsgerichtete mexikanische Regierungspartei, führt keinen so harten internen Wahlkampf wie die PRI. Drei Kandidaten bestimmen das Bild: Santiago Creel (ehemaliger Innenminister), der neben der Unterstützung durch den Präsidenten innerhalb der PAN die höchsten Popularitätswerte besitzt, Alberto Cárdenas, ehemaliger Umweltminister, und Felipe Calderón, ehemaliger Energieminister. Umfragen zufolge ist der Kandidat mit den besten Aussichten auf die Präsidentschaftskandidatur Santiago Creel, allerdings ist er nicht populär genug, um die Wahlen auf Bundesebene gegen den PRI-Kandidaten und gegen AMLO, den regierenden Bürgermeister von Mexiko-Stadt, gewinnen zu können.

Partido de la Revolución Democrática (PRD): Nachdem Cuauhtémoc Cárdenas<sup>18</sup> zum dritten mal in Folge versucht hatte, Präsidentschaftskandidat der Mitte-Links-Partei zu werden, zog er vor kurzem seine Kandidatur zurück. Dadurch ist der einzige Kandidat der Partei der bis zum Ende des Berichtszeitraums amtierende Regierungschef des Distrito Federal, Andrés Manuel López Obrador, AMLO. Auf nationaler Ebene erreicht er Popularitätswerte von 52% (vor Creel mit 32% und Madrazo mit 28%). Hätten die Wahlen in der dritten Juliwoche des Jahres 2005 stattgefunden, hätte er mit 36% der Stimmen gewonnen, vor Madrazo mit 25% und Creel mit 24%<sup>19</sup>. López Obrador zeichnet als potentieller Präsidentschaftskandidat zweierlei aus: Erstens die höchsten Popularitätswerte landesweit und zweitens ein politisches Projekt für Mexiko, das mehr auf Investitionen ins Sozialwesen setzt und einen eher wirtschaftsregulierenden Charakter hat<sup>20</sup>, was den meisten Unternehmern und der mexikanischen Rechten missfällt<sup>21</sup>.

Der potentielle Wahlerfolg AMLOs hat unter anderem dazu geführt, dass im Berichtszeitraum unter Berufung auf die „Rechtsstaatlichkeit“ eine von der PAN zugeschnittene und von der PRI unterstützte Strategie angewandt wurde, um AMLO aus dem Wahlkampf auszuschalten: Seine Immunität sollte aufgehoben, um ihn vor Gericht zu stellen und ihm seine politischen Rechte zu entziehen. Worin konkret bestand der sogenannte „desafuero“, die Aufhebung der Immunität, und worauf gründete sie sich?

---

<sup>17</sup> „Confederación Nacional Campesina“, größte Bauernorganisation Mexikos; „Central de Trabajadores Mexicanos“, größte Arbeitergewerkschaft und die „Confederación Nacional Obrero Popular“, die Federation der wichtigsten Gewerkschaften Mexikos.

<sup>18</sup> Sohn des ehemaligen Präsidenten Lázaro Cárdenas, ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Michoacan und ehemaliger Senator der PRI. Kandidierte 1988 für die Präsidentschaft mit dem „Frente Nacional Democrático“ (spätere PRD), und war 1994 und 2000 über die PRD Präsidentschaftskandidat der PRD. Cárdenas gilt als die moralische Instanz der Partei.

<sup>19</sup> „Reforma“, 11. Juni 2005

<sup>20</sup> s. grundlegende Forderungen im Internet unter <http://www.jovenesamlo.com.mx/docs/rnj/documento.php?IdDoc=18>

<sup>21</sup> Wenn auch bekannt ist, dass er die Unterstützung von Carlos Slim, dem mächtigsten Unternehmer Lateinamerikas und dem viertreichsten Mann der Welt, hinter sich hat. Condoleeza Rice bekräftigte sogar aus verschiedenen Anlässen, dass die USA nichts gegen AMLO als Präsidenten einzuwenden hätten.

## Aufhebung der Immunität und Rechtsstaatlichkeit

Der komplexe Konflikt bedarf einer kurzen Einführung. Während der vergangenen Legislaturperiode 1997-2000 unter der Regierenden Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt, Rosario Robles, wurde ein Privatgelände enteignet, um Zugangswege zu einem Krankenhaus zu errichten. Nachdem die Besitzer des erwähnten Grundstücks (El Encino) Berufung eingelegt hatten, ordnete ein Richter den Stopp der Straßenbauarbeiten an. AMLO entschied angeblich, die Arbeiten wieder aufnehmen zu lassen, und damit wurde der Fall - nach Jahren und gerade rechtzeitig zum Vorwahlkampf - wegen Missachtung eines Urteils der Justiz und Amtsmissbrauch gegen den derzeitigen Bürgermeister aufgenommen. Die PGR (Procuraduría General de la República), von einem Ex-Militär geleitet und parteipolitisch nicht unabhängig erscheinend, leitete ein Gerichtsverfahren wegen der angeblichen Hauptverantwortung López Obradors ein; sie forderte das Abgeordnetenhaus dazu auf, einen Prozess zur Aufhebung der Immunität einzuleiten<sup>22</sup>. Das Abgeordnetenhaus, vor allem die Abgeordneten von PRI und PAN, entschied in einer spektakulären Abstimmung, dass es genügend Indizien gebe, um einen Prozess gegen AMLO einzuleiten, und entzog ihm die Immunität. Wichtig zum Verständnis der Brisanz des Verfahrens ist, dass in Mexiko Personen, gegen die ein Strafverfahren eingeleitet wurde, u.a. das Recht verlieren, für öffentliche Ämter vorgeschlagen zu werden (s. Abs. 33 Verfassung) - eine im krassen Widerspruch zur Unschuldsvermutung stehende Praxis, die BürgerInnen ihre politischen Rechte aberkennt, sobald sie in Verdacht geraten und angezeigt werden. Das heißt; selbst ohne Schuldspruch lief AMLO Gefahr, sich für die Wahlen 2006 nicht aufstellen lassen zu können. Daher die weitverbreitete Meinung der MexikanerInnen und fast aller, linken wie rechten Intellektuellen, dass es bei der Immunitätsaufhebung nicht um rechtsstaatliche Aspekte ging, sondern schlicht darum, den aussichtsreichsten Kandidaten aus dem Wahlkampf zu kicken. AMLO wiederum führte rechtsstaatliche Argumente an, um diese Art der Gesetzesmanipulation in den Rücken zu rücken: Erstens die Einhaltung des in der Verfassung verankerten „effektiven Wahlprinzips“, d.h. er wies auf die Notwendigkeit hin, die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger von Mexiko-Stadt zu respektieren, die ihn zum Bürgermeister gewählt hatten. Zweitens hob er hervor, dass ein tatsächlicher Rechtsstaat auch dazu dient, „selektive Justiz“ zu verhindern. Tatsächlich war es das erste Mal, dass ein Verfahren zur Aufhebung der Immunität im Gange war, während Dutzende Prozesse von Abgeordneten, Senatoren und Gouverneuren wegen Korruption, Hinterziehung von Geldern oder sogar wegen Drogenhandels ausstanden bzw. ausgesessen wurden. Das fast einhellige Fazit in Presse, Zivilgesellschaft und Intellektuellenkreisen war daher, dass der Angriff gegen AMLO ein schwerer Schlag gegen die - fragile - Demokratie war, durch den das Ansehen des mexikanischen Präsidenten, Vicente Fox, in der Öffentlichkeit stark sank<sup>23</sup>. Auch Europaparlamentarier und internationale Tageszeitungen wie die New York Times oder die Washington Post hielten das beschlossene Vorgehen für einen schweren Irrtum.

---

<sup>22</sup> Die mexikanische Verfassung garantiert Amtsträgern und Abgeordneten Immunität, um zu vermeiden, dass sie aus politischen oder wirtschaftlichen Interessen Strafprozessen unterzogen werden. Die Aufhebung der Immunität ermöglicht die Einleitung von Strafprozessen und die Festnahme des Beschuldigten, offizielle Bezeichnung „juicio de declaración de procedencia“. Das Abgeordnetenhaus des Bundes war - wenn auch juristisch nicht zweifelsfrei geklärt - in diesem Falle für den „desafuero“ von AMLO zuständig, weil der DISTRITO FEDERAL kein autonomer Bundesstaat ist. Zwar wird der Regierende Bürgermeister gewählt, die Kabinettsmitglieder müssen aber vom Präsidenten ernannt werden.

<sup>23</sup> AGUAYO, Sergio. **Mexico at the risk**. s. Website [www.opendemocracy.net](http://www.opendemocracy.net)

Schließlich entschied Vicente Fox angesichts des unerwartet hohen Drucks von der Straße (wie die Massendemonstration am 24. April mit ca 1 Mio. Menschen, die größte Demonstration der Geschichte des Landes), von AkademikerInnen, Medien und selbst Gouverneuren, aber auch angesichts der internationalen Aufmerksamkeit, den Prozess gegen AMLO abrupt abzubrechen. Dieser kehrte ohne Schuldspruch ins Rathaus des Distrito Federal zurück und verabschiedete sich Ende Juli in den Wahlkampf. Die Vorkommnisse haben die Verwundbarkeit der mexikanischen Rechtsstaatlichkeit aufgrund der Verquickung zwischen Exekutive und Judikative sowie der beliebigen (politischen Interessen folgenden) Auslegung der Gesetze deutlich zu Tage treten lassen.

## **Menschenrechte**

Eines der relevantesten Vorkommnisse im Zusammenhang mit den Menschenrechten war im Berichtszeitraum der Jahresbericht des State Department der USA über die Situation der Menschenrechte in Mexiko<sup>24</sup>. Der Bericht rief empörte Reaktionen der mexikanischen Regierung hervor, die systematische Menschenrechtsverletzungen in Mexiko leugnet. Der Bericht unterstreicht, dass die Manipulation der Justiz, die Straffreiheit, die Beteiligung der Behörden an zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, Korruption (vor allem im Justizwesen), die Missachtung der Gesetze und die Ineffizienz der Verwaltung die schwerwiegendsten Probleme im Land sind. Verfassungsänderungen haben diese Probleme, die in einigen Bundesstaaten (Guerrero, Chiapas, Oaxaca) und auf lokaler Ebene im Konflikt mit indigenen Gemeinschaften besonders akut sind, bislang nicht lösen können. Außerdem enthält der Bericht einen ausdrücklichen Verweis auf die Nichteinhaltung der vom FBI ausgesprochenen Empfehlungen zur Aufklärung der Todesfälle in Ciudad Juárez. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen im Land hinterfragen die Stellungnahmen der mexikanischen Regierung zur Frage der Rechtsstaatlichkeit, da sie täglich und systematisch Menschenrechtsverletzungen beobachten, in die bisweilen sogar die Regierungen der Bundesstaaten involviert sind<sup>25</sup>. Das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen, Belästigung und Tötung durch paramilitäre Gruppen (finanziert durch Kaziken und oft unter Duldung von lokalen und bundesstaatlichen Regierungen) gehören zu den schwerwiegendsten Fällen. Diese ereignen sich vor allem im Süden und Südosten des Landes wie im Fall der Ökobauern der „Organización Ecologista de la Sierra de Petatlán y Coyuca de Catalán del Estado de Guerrero, OESP“. Diese Organisation wird von Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera geleitet, die den Umweltorden Goldman erhielten, nachdem sie ungerechtfertigtermaßen inhaftiert und gefoltert worden waren. Zwei ähnlich gelagerte Fälle sind noch ungelöst und werden derzeit direkt von verschiedenen mexikanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, aber auch von Institutionen wie dem Europäischen Parlament<sup>26</sup> begleitet: zum einen die Inhaftierung von Felipe Arreaga Sánchez und weiteren Mitglieder der OESP im November 2004, zum anderen der Mord an zwei Familienmitgliedern, die Verletzung weiterer Familienmitglieder und die andauernden Morddrohungen gegen einen weiteren Kopf der Ökobauern, Albertano Peñolaza Domínguez. Diese beiden Fälle sind nur Bruchstücke einer großen Anzahl von Menschenrechtsverletzungen, die in Mexiko nach wie vor an der Tagesordnung stehen.

---

<sup>24</sup> s. [www.state.gov.us](http://www.state.gov.us)

<sup>25</sup> s. PRODH, Partnerorganisation der hbs; **Informe anual sobre los derechos humanos en México**. [www.sjsocial.org](http://www.sjsocial.org)

<sup>26</sup> s. „La Jornada“ vom 30. Juni 2005: „Europapolitiker fordern vom Gouverneur des Bundesstaates Guerrero die Freilassung von Felipe Arreaga.“

## Ciudad Juárez

Der Fall der Frauenmorde von Ciudad Juárez ist international bekannt geworden; zahlreiche Aspekte machen ihn zu einem komplizierten Gewirr von Fakten und Informationen. Zunächst einmal die Tatsache, dass das Thema in der Öffentlichkeit heftig diskutiert wird, ohne die durch nichts zu rechtfertigenden Morde an jungen Frauen und Mädchen in der Grenzstadt Ciudad Juárez in den allgemeinen Kontext der gesellschaftlichen Gewalt im Lande einzubetten. Dies und die mangelnde Effizienz der staatlichen und bundesstaatlichen Regierung bei der Aufklärung der Fälle - ca. 400 seit 1993 (allein 30 Frauenmorde von Januar bis Juni 2005), ebenso wie die unangemessenen Erklärungen von Präsident Fox (beispielsweise die Aussage, die Informationen über die Toten in Ciudad Juárez seien „mehrfach aufgewärmt“) haben zu Recht zu Empörung geführt.

Die Regierung hat seit einigen Jahren auf den öffentlichen Druck und die internationale Aufmerksamkeit reagieren müssen. Eine in den Berichtszeitraum fallende Maßnahme war die Ernennung von Mireille Rocatti (am 30. Mai 2005) zur Sonderstaatsanwältin für die Aufklärung von Delikten im Zusammenhang mit den Frauenmorden von Ciudad Juárez. In einer ihrer ersten Erklärungen kündigte sie eine Aktensäuberung an, was die Anzahl von als Frauenmord eingestuften Fällen um bis zu 50% verringern würde (von den beinahe 200 der Sonderstaatsanwaltschaft vorliegenden Akten). Einige Fälle seien „falsch eingeordnet“, da es sich um Verkehrstote oder Drogenopfer handele. Die Zeit und die Untersuchungsergebnisse werden zeigen, ob dies politische Schachzüge zur Beruhigung der Bevölkerung sind oder ob es sich um eine Strategie von Prioritätensetzung handelt, um das Problem effizienter anzugehen. Einige Abgeordnete haben im Jahre 2004 (18.03.) einer Sonderkommission für die Aufklärung und Informationsverbreitung über die Frauenmorde in Mexiko und ihre Ahndung innerhalb des Abgeordnetenhauses unter dem Vorsitz der Feministin und PRD-Abgeordneten Marcela Lagarde zugestimmt. Diese Kommission hat einen Gesetzentwurf zur Gründung einer Unterstaatsanwaltschaft für Frauenmorde im ganzen Land eingereicht. Das unanfechtbare Argument: Nicht nur in Ciudad Juárez, sondern im ganzen Land werden Frauen ermordet, es gibt Gebiete, in denen das Phänomen sogar noch alarmierender ist. Nicht berücksichtigt hat die Kommission jedoch, dass es auch Bevölkerungsgruppen gibt, in denen das Phänomen noch alarmierender ist.

## Wirtschaft

Die mexikanische Wirtschaft beruht hauptsächlich auf zwei Pfeilern: dem Außenhandel (mit Erdöl, Landwirtschafts- und Manufakturerezeugnissen) und den Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland. Auch im Berichtszeitraum sind keine besonderen Anstrengungen der mexikanischen Regierung wahrnehmbar, Modelle zur Unterstützung der Binnenwirtschaft und zur Stärkung der lokalen, regionalen und nationalen Produktionsketten umzusetzen. In diesem Zusammenhang kritisierten gar die Handelskammern massiv die Regierung, da diese die für ein stetiges Wachstum notwendige Infrastruktur nicht entwickelt<sup>27</sup>.

Dennoch wurde auch im vergangenen Jahr die makroökonomische Stabilität aufrechterhalten, die Mexiko vor allem den hohen Ölpreisen und der Rekordsumme an Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland zu verdanken hat. Doch die Arbeitslosenraten bzw. im informellen

---

<sup>27</sup> IIE-UNAM. **Desempeño económico 2004**. Elektronisches Informationsblatt, [www.iiec.unam.mx](http://www.iiec.unam.mx)

Sektor prekär Beschäftigten sind weiterhin hoch, die Tendenz zur Erhöhung des Handelsdefizit bleibt bestehen und die Spuren der wachsenden Konkurrenz Chinas in der mexikanischen Wirtschaft sind ebenfalls deutlich zu erkennen. Die makroökonomische Stabilität des Landes kontrastiert zudem mit dem Armutsindex des Landes.

Das Finanzministerium gab an, dass die Wirtschaft im ersten Quartal 2005 um 3,7% gewachsen sei<sup>28</sup> und so die positive wirtschaftliche Entwicklung aus dem Jahr 2004 (4,08%) fortsetze<sup>29</sup>. Das heißt, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs während dieses ersten Quartals im Vergleich zum Vorjahr um 3,0%. Trotz dieser Zahlen und des Optimismus der mexikanischen Regierung gehen verschiedene Analysten von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von nur 3,74% für das Jahr 2005 aus. Mit derselben Tendenz schloss die Inflation im Jahre 2004 mit 5,2%, ein Prozentpunkt über dem ursprünglich zu Jahresende erwarteten Wert. Dadurch wurde die „Banco de México“ zu erneuten Kürzungen im Devisenfluss gezwungen, um Ende 2005 das Ziel von 3% Inflation erreichen und so den nationalen Konsum bremsen zu können.

Die Nicht-Erdöl-Exporte wie das produzierende Gewerbe (maquilas - die sogenannte Lohnveredelungsindustrie) verzeichneten nur ein geringes Wachstum um 0,9%. Das Defizit in der Handelsbilanz wächst weiter<sup>30</sup>, unabhängig vom Wachstum der Exporte durch den Erdölverkauf, die sich 2004 auf 23, 304 Mio. Dollar beliefen, und damit 26% mehr als 2003<sup>31</sup>. Die Einnahmen in den öffentlichen Kassen durch den Erdölverkauf stellen ungefähr 40% des nationalen Haushalts dar. Der Einnahmeanteil der öffentlichen Hand aus den Erdölexporten wird jährlich neu errechnet. Basis für die Berechnungen bilden die Schätzungen der im Laufe des Jahres erwarteten Erdölpreise im „Ley de Ingresos de la Federación“, welches das Abgeordnetenhaus im letzten Quartal des Vorjahres annimmt.

### **Risikofaktor Asien**

Ein wichtiger Faktor zum Verständnis der Handelsbilanz sind die asiatischen Importe. Durch den Beitritt Chinas zur WTO und das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit Japan im April 2005 stiegen die Importe von Asien nach Mexiko um 42% im Jahre 2004 im Vergleich zu 2003 (wovon allein China 54% und Japan 40% abdeckte)<sup>32</sup>. China ist in Mexiko ein heiß diskutiertes Thema. Befürchtet wird, dass nordamerikanische und europäische Investitionen statt nach Mexiko nach China fließen. Das macht die Wirtschaft insbesondere wegen des Risikos im produzierenden Gewerbe nervös. In der Textilindustrie wird geschätzt, dass seit dem Jahr 2000 durch die Investitionen in China 60% der Unternehmen verloren gingen, wodurch allein in Mexiko mehr als 55.000 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Analysen der WTO zufolge werden die mexikanischen Exporte aus den Textilfabriken auf den Weltmarkt von 10% auf 3% fallen, da die USA den niedrigen Produktionskosten Chinas - auf Kosten sehr niedriger Arbeitsrechts- und Umweltstandards - den Vorrang geben. Im übrigen Lateinamerika werden die Exporte von 16% auf 5% fallen<sup>33</sup>.

<sup>28</sup> Der Prozentsatz stützt sich auf den „Indicador Global de la Actividad Económica“ (IGAE). Bericht über die wirtschaftliche Situation, die öffentlichen Finanzen und Schulden: Ergebnis- und Fortschrittsbericht des ersten Quartals 2005. Ministerium für Finanzen und Öffentliche Kredite. [www.shcp.gob.mx](http://www.shcp.gob.mx)

<sup>29</sup> Angaben der Banco de México (BANXICO). s. IIE-UNAM. **Desempeño económico 2004.**, ebenda

<sup>30</sup> Im ersten Quartal 2005 stiegen die mexikanischen Exporte um 10,7% an (Hauptgrund: Erdölexporte), die Importe stiegen jedoch im Vergleich zum Vorjahr im selben Zeitraum um 11,6%, sich das Defizit verstetigte; s. BFAI. **Tendencias a la mitad del 2005.** s. website [www.bfai.com](http://www.bfai.com)

<sup>31</sup> Die mexikanische Tageszeitung „El Financiero“ schrieb am 8. Februar 2005: **“Der Erdölfonds um beinahe 100% gestiegen“.**

<sup>32</sup> BFAI. Werk zitiert.

<sup>33</sup> BFAI. **China y su papel en la crisis de textiles a nivel mundial.** s. website [www.bfai.com](http://www.bfai.com)

## **Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland (remesas)**

Die Banco de México gab bekannt, dass im Jahr 2004 Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland im Wert von um 16,613 Milliarden Dollar ins Land flossen. Das ist weniger als die Einnahmen durch Erdöl, aber mehr als die Einnahmen durch ausländische Direktinvestitionen<sup>34</sup> (Neuinvestitionen und Reinvestitionen ausländischer Firmen). Diese Rekorderinnahmen aus den *remesas* bestätigen das tendentielle Wachstum der letzten 10 Jahre. Das Wachstum der von BANXICO registrierten Überweisungen übersteigt beinahe um das Zehnfache den Anstieg des Migrationsflusses, was unter anderem dazu geführt hat, dass verschiedene Analysten an der Echtheit des Berichts der Institution zweifeln.

Das INEGI (Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática) betont hingegen, dass sich das Wachstum des Bevölkerungsindex der mexikanischen Bürgerinnen und Bürger in den USA zwischen 2000 und 2004 auf 16% belief, die Zahl der Haushalte, die Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland erhalten, erhöhte sich um 14,8%. Das Sozialministerium (SEDESOL) wiederum gibt bekannt, dass die *remesas* nicht zur Reduzierung der Armut in Mexiko beigetragen haben. Untersuchungen haben bewiesen, dass nur 3 von 10 Dollar an arme Haushalte gehen, der Rest kommt als *nicht arm* eingestuften Haushalten zu Gute<sup>35</sup>.

Die Angaben von BANXICO hingegen legen nahe, dass die Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland im selben Zeitraum um die ungeheure Menge von 150% angestiegen sind, was wahrscheinlich lediglich beweist, wie wenig vertrauenswürdig diverse mexikanische Statistiken sind; ein Problem, mit dem die Stiftung in ihrer Arbeit häufig konfrontiert ist.

## **Die Armut dauert an... die Arbeitslosigkeit auch**

Nach Berichten des Komitees für Armutsbekämpfung der mexikanischen Regierung gab es im Jahre 2004 3,5 Mio. weniger Arme<sup>36</sup> als im Jahre 2000. Ein in der Logik dieser Methodik *nicht armer* Mensch verdient 45 Pesos (ca 4 Dollar) an einem 8- Stunden-Tag<sup>37</sup>. Was bringen 4 Dollar am Tag in Mexiko? Nichts. Allein für die Verkehrsmittel zur Arbeit und zurück gibt ein/e ArbeiterIn bis zu einen Dollar täglich aus, ein mexikanisches Sandwich mit einem Getränk oder eine typische, bescheidene Mittagsmahlzeit kostet zwischen 1 und 2 Dollar. Ebenso erklärt die Regierung, dass die extreme Armut (Armut an Lebensmitteln) im selben Zeitraum um 5,6 Millionen gesunken ist<sup>38</sup> - dank Hilfsprogrammen wie dem Regierungsprogramm CONTIGO. Widersprüchlich ist jedoch, dass die Armut zurückgeht, während die Arbeitslosenrate im selben Zeitraum um 171% steigt<sup>39</sup>. Die offene Arbeitslosigkeit in ländlichen Gegenden hat sich im selben Zeitraum verdreifacht.

---

<sup>34</sup> Ende 2004 beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen auf 16,602 Millionen Dollar, siehe Jahresbericht der Banco de México, [www.banxico.gob.mx](http://www.banxico.gob.mx)

<sup>35</sup> s. Bericht des „Comité para la Mediación de la Pobreza de la SEDESOL“ auf der Website [www.sedesol.gob.mx](http://www.sedesol.gob.mx)

<sup>36</sup> einkommensgestützter Armutsindex ohne Berücksichtigung der Mängel in Dienstleistungen, Gesundheits- und Bildungswesen.

<sup>37</sup> Zahlen aus dem Jahr 2004, in dem auch der Bericht des „Comité Técnico para la Mediación de la Pobreza“ verfasst wurde. Der aktuelle Mindestlohn ist im Internet unter [www.sat.gob.mx](http://www.sat.gob.mx) abzurufen. Die 45 Peso sind der Durchschnitt der drei verschiedenen Mindestlöhne der Wirtschaftszonen A, B und C.

<sup>38</sup> SEDESOL, a.a.O.

<sup>39</sup> Im vierten Quartal 2000 betraf die offizielle Arbeitslosigkeit 612,209 Menschen, während sie bis zum vierten Quartal 2004 auf 1,144 Millionen anstieg. Die Zählungen sind allerdings nicht mit der Methodik in Deutschland zu vergleichen.

Im ersten Quartal des Jahres 2005 haben 47,7 Mio. der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung (d.h. 57 von 110 Millionen Mexikanerinnen und Mexikanern) eine Anstellung. Dabei arbeiten 26% mindestens 40 Stunden die Woche, 78% zwischen 40 und 15 Stunden und 6% weniger als 15 Stunden die Woche<sup>40</sup>, was verdeutlicht, dass eine breite Bevölkerungsschicht eine informelle Beschäftigung hat oder unterbeschäftigt ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich das Land ungeachtet der aus den genannten Gründen existierenden makroökonomischen Stabilität in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befindet: Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen, hoher Niedriglohnanteil, fehlende Unterstützung der Binnenwirtschaft durch die Politik und das Fehlen eines irgendwie gearteten tragfähigen Entwicklungskonzepts jenseits assistenzialistischer Ansätze.

## **EL SALVADOR**

### **Polarisierung und relative politische Stabilität**

Trotz der tristen wirtschaftlichen Lage und der nicht bestehenden Aussicht auf Besserung ist laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts der UCA (Universidad Centroamericana, die Jesuitenuniversität) vom Mai 2005 die Hälfte der Bevölkerung der Ansicht, dass der derzeitige Präsident das Land gut regiert. Ein noch höherer Prozentsatz meint, dass der „Plan Oportunidades“ („Chancenplan“) zur Armutsbekämpfung beitragen wird, und nur ein Viertel der Bevölkerung glaubt, dass die Regierung ihre Wahlversprechen nicht gehalten hat.

Der Sieg von Antonio Saca bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2004 war seit 1989 der vierte Wahlsieg in Folge für ARENA (Alianza Republicana Nacionalista). Dass eine Rechtspartei vier Wahlen in Folge gewinnt ist in Lateinamerika äußerst unüblich, was darauf weist, dass ARENA offenbar in der Lage ist, ihre Strukturen und Diskurse permanent zu aktualisieren, und sich dabei zwar neuen Gegebenheiten anzupassen, gleichzeitig aber das ultrakonservative und neoliberale Profil nicht zu verlieren. Darüber hinaus konnte sich die Partei auch deshalb an der Macht halten, weil die FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) es nicht vermocht hat, die mit einer fünfzehnjährigen Regierungszeit einhergehenden Ermüdungserscheinungen auszunutzen.

Eines der offensichtlichsten Probleme innerhalb der FMLN ist der Umgang der Parteiführung mit parteiinternen Meinungsverschiedenheiten. Völlig unabhängig von Beschuldigungen von rechts hat sich die politische Spitze der Frente durch autokratische und vertikale Parteiführung ausgezeichnet. Auch dies macht es für die Partei schwierig, jenseits der Stammwählerschaft ein breiteres Wählersegment anzuziehen. Während der letzten Wahlen entschieden sich 800.000 WählerInnen für die FMLN, das sind gut 30% der wahlberechtigten Bevölkerung.

Am 9. Juni dieses Jahres kam es zu einem bemerkenswerten und in dieser Form – trotz vorangegangener Abspaltungen – erstmaligen Ereignis innerhalb der Frente. Nach einer kurzen Demonstration vor der Parteizentrale in San Salvador präsentierte eine Gruppe prominenter Parteimitglieder ihr Austrittsgesuch. Angeführt wurde die Aktion von

---

<sup>40</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage der Zahlen der ENOE, vgl Website INEGI. [www.inegi.gob.mx](http://www.inegi.gob.mx)

Julio Hernández, einem ehemaligen Guerrillakommandanten, lange Jahre Mitglied des Politischen Ausschusses der FMLN und Richter des Tribunal Supremo Electoral (TSE, oberstes Wahlgericht). Mit von der Partie waren außerdem zwei Abgeordnete, Ileana Rogel und Jorge Escobar, sowie 360 weitere Parteimitglieder aller Ebenen. Hernández und Rogel wiesen mehrfach darauf hin, dass ihre Austritte mit der Ausgrenzung der Parteiführung gegenüber all jenen Flügeln, die nicht dem kommunistischen oder orthodoxen Flügel loyal seien, zu tun habe. Das Modell der FMLN (der parteipolitische Zusammenschluss fünf ehemaliger Guerrillafraktionen), so das Fazit der Beiden, habe sich in seiner „Haltbarkeitszeit“ erschöpft. Die Aussichten auf einen politischen Wandel in EL Salvador schwinden offenbar auf absehbare Zeit.

### **Der Preis der Gewalt in El Salvador**

Durch die politische Polarisierung scheint es unmöglich, dass die verschiedenen Verantwortungsträger und Parteien in einer konzertierten Aktion gegen die Gewalt auftreten, die das Land erschüttert. Laut der Weltbank wurden in Lateinamerika und im Karibikraum in den frühen 90er Jahren jährlich 22,9 Morde auf 100.000 EinwohnerInnen verübt. Am 18. Juni 2005 hat El Salvador diese Zahl in nur 24 Stunden übertroffen. 23 Morde an einem Tag, dem gewalttätigsten des Jahres 2005. Laut Fabio Molina vom gerichtsmedizinischen Institut ist die Gewalt in El Salvador „schlimmer als eine Epidemie“.

Dem Bericht „Wie viel kostet die Gewalt in El Salvador?“ zufolge, der im Mai 2005 vom United Nations Development Program (UNDP) veröffentlicht wurde, betragen die Kosten der Gewalt in El Salvador für das Jahr 2003 1.717 Millionen Dollar. Dieser Betrag entspricht 11,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), dem doppelten Budget für Gesundheit und Bildung oder allen Steuereinnahmen eines Jahres. Ein Skandal. Mit nur einem Drittel davon könnte man nach Aussagen von Beat Rohr, dem Vorsitzenden des UNDP in El Salvador, „alle grundlegenden Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Ernährung, Wohnraum und Stromversorgung für die gesamte salvadorianische Bevölkerung“ abdecken. Dieselbe Institution gibt zu bedenken, dass „im Einklang mit den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgestellten Standards eine Mordrate von über 10 auf 100.000 Einwohner jährlich als Epidemie gilt.“

Der UNDP-Bericht setzt El Salvador an eine für die Interessen des Landes wenig ehrenvolle Position und bezeichnet das kleinste und am dichtesten bevölkerte Land Mittelamerikas als eines der gewalttätigsten Länder Lateinamerikas. Würde man diesem Vergleich die Mordrate der „Fiscalía General de la República“ (Generalstaatsanwaltschaft; 55 auf 100.000 Einwohner) zu Grunde legen, so stünde El Salvador gar an erster Stelle in dieser traurigen Statistik.

Obwohl gegenwärtig Pläne wie „Súper Mano Dura“ („eiserne Hand“) gegen die sogenannten „Mara“-Gangs oder der Plan „Defendamos la Vida“ („Verteidigen wir das Leben“) zur Verringerung der Mordrate in Kraft sind, stieg diese im Jahre 2004 noch weiter an; auf 2.762 im Jahr 2004, und im Zeitraum zwischen Januar und April 2005 auf 1.053. Bestätigt sich diese Tendenz, so wären Ende 2005 mehr als 3.100 Morde zu verzeichnen.

Die Studie räumt zudem mit verschiedenen Mythen über die „historische Gewalt“ in El Salvador auf. Beispielsweise geht aus den Statistiken hervor, dass die meisten Morde in den Provinzen Santa Ana, La Libertad

und Sonsonate geschehen, an Orten, die zu Kriegszeiten wenig betroffen waren. Es sind auch nicht die ärmsten Gegenden El Salvadors.

### **Eine Wirtschaft ohne Wachstum**

Das schwerwiegendste wirtschaftliche Problem von El Salvador ist das geringe Wachstum. Das Land befindet sich seit 1996 in einer Phase des Niedrigwachstums, seit 2000 aber stagniert es. In fünf aufeinanderfolgenden Jahren (2000-2004) ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) durchschnittlich jährlich um 2% gewachsen. Zieht man das Bevölkerungswachstum ab, beträgt die Wachstumsrate des BIP pro Kopf 0%. Laut der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik, CEPAL, war El Salvador 2004 das Land mit der niedrigsten Wachstumsrate in Mittelamerika (1,8%). Die Gründe sind vielfältig: ein ungünstiges internationales Umfeld (Fall der Kaffeepreise, ständig steigende Erdölpreise, die im Juli 2005 die 60-Dollar-Grenze überstiegen, wirtschaftliche Verlangsamung in den USA seit 2001, etc.) kombiniert sich mit inneren Faktoren (restriktive Währungspolitik zwischen 1996 und 2000, Einführung des Dollars ab 2001, mehrere Erdbeben im Jahre 2001, Fehlen branchenspezifischer Politikansätze und starke Vernachlässigung der Landwirtschaft, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, etc.)

Die relative makroökonomische Stabilität, derer sich das Land erfreut, beruht vor allem auf den rückfließenden Geld der in den USA lebenden salvadorianischen Bürgerinnen und Bürger (siehe auch Mexiko; *remesas familiares*). Nach Angaben der Zentralbank beliefen sich diese *remesas* 2004 auf 2,548 Mrd. Dollar (16% des BIP), während das durchschnittliche nominale Einkommen im formellen Sektor um 2,9% zurückging. Diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Preiserhöhung führte zu einem Kaufkraftschwund von ungefähr 8%.

Es gibt in absehbarer Zukunft keine realistischen Aussichten auf einen Aufschwung. Der Exportsektor war in den letzten Jahren wenig aktiv. Nach Meinung des Wirtschaftswissenschaftlers Carlos Acevedo des UNDP ist zu erwarten, dass mit der Abschaffung der Subventionen für chinesische Textilprodukte in den USA (bedingt durch das Auslaufen des Multifaser-Abkommens) die Maquila-Textilexporte aus El Salvador erhebliche Verluste einfahren werden und dass eventuell 30 000 Arbeitsplätze verlorengehen, mithin ein Drittel der in der Textilbranche geschaffenen Arbeitsplätze. Die Möglichkeiten der Regierung, der Wirtschaft einen steuerlichen Anreiz zu verschaffen, sind angesichts der hohen öffentlichen Verschuldung des Landes sehr begrenzt. Die öffentlichen Schulden lagen Ende 2004 bei mehr als 30% des BIP. Die Gesamtschulden (Innen- und Außenschulden) des Öffentlichen Sektors übersteigen 45% des BIP.

## **NICARAGUA**

### **Politfolklore in Nicaragua**

Nicaragua war in den letzten Monaten (wie so oft) das mittelamerikanische Land mit dem höchsten politischen Konfliktniveau. Der in vorangegangenen Berichten beschriebene Pakt zwischen der Regierungspartei PLC (Partido Liberal Constitucionalista, unter dem wegen Korruption zu Hausarrest verurteilten Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán) und der Oppositionspartei „Frente Sandinista de Liberación Nacional“ (FSLN) wird von den Protagonisten (Alemán und Ortega) aufrechterhalten, er scheint sich im Laufe der Zeit sogar zu

konsolidieren. Der Pakt oder das „nationale Abkommen“, offiziell geschlossen mit dem Ziel, „Stabilität im Land“ zu erreichen und sich gemeinsam der „nordamerikanischen Einmischung“ entgegenzustellen, hat zu einem wahren **institutionellen Chaos** geführt. Im Rahmen dieses Arrangements, mit dem es PLC und Frente gelang, alle wichtigen Institutionen des Staates „unter sich aufzuteilen“, berufen sich alle politischen Akteure – man könnte sie reduzieren auf Arnoldo Alemán (der trotz seines Hausarrests noch immer die Mehrheit der liberalen Fraktion im Parlament anführt), Daniel Ortega (ehemaliger sandinistischer Präsident des Landes und noch heute Chef der FSLN) und Enrique Bolaños, der machtlose Präsident des Landes, darauf, dass man stets „die Gesetze achte“.

Nicaragua scheint zu einem nichtregierbaren Land zu werden. Ein paar Beispiele: Die FSLN und die PLC nahmen im Mai 2005 im Parlament Verfassungsreformen an, mit denen die Macht des derzeitigen Präsidenten, Enrique Bolaños, beschnitten werden soll. Zu den Reformen gehörte auch das Gesetz zur Gründung eines Instituts für Eigentumsfragen sowie ein Gesetz zur Reform der Sozialversicherung, deren Kontrolle an die Legislative übergehen soll. Darüber hinaus beinhalten die Reformen die Ernennung der Richter des Wahlgerichts, und sie entziehen dem Präsidenten Befugnisse für die Ernennung der Mitglieder seines Kabinetts. Im gleichen Atemzug besetzen die Partner des „Paktes“ alle Führungspositionen der öffentlichen Dienste SISEP („Super Intendencia de Servicios Públicos“). Präsident Bolaños versuchte sich zu wehren und erkannte die Parlamentsreformen nicht an. Er reichte eine Verfassungsklage beim zentralamerikanischen (!) Gerichtshof („Corte Centroamericana de Justicia“) ein, die tatsächlich ein Urteil zugunsten des Präsidenten fällte. Dieses Urteil aber erkannte das nicaraguanische Parlament wiederum nicht an und forderte, der Fall möge vor nicaraguanischen Gerichten geklärt werden. Ergo: Seit Monaten gibt es eine Art unproduktive Doppelspitze in allen wichtigen Institutionen der öffentlichen Dienste.

Carlos Pella, der wichtigste und einflussreichste lokale Unternehmer, hat sich öffentlich über diesen Konflikt geäußert, von dem er meint, dass er die nicaraguanische Unternehmerschaft beeinträchtigt, die nicht wisse, an wen sie sich in diesem „Durcheinander“ wenden solle und der zudem die Stabilität der Investitionen gefährde. Die Titelseiten der wichtigsten Zeitschriften benennen die Situation ganz ähnlich. Die angesehene progressive Zeitschrift „Envío“ etwa titelt: „Nicaragua, ein gespaltenes und aufgeteiltes Land, ohne Kurs“ („Un país partido, repartido, sin rumbo“; wobei „re-partido“ = gespalten und „partido“ = Partei Homonyme sind) und die „Coordinadora Civil de Nicaragua“, eines der wichtigsten Netzwerke zivilgesellschaftlicher Organisationen, bekräftigt auf ihrer Homepage: „Weder Pakte noch Bolañazos<sup>41</sup> – wir fordern abgestimmte Lösungen“.

Vor einigen Monaten drohte der Internationale Währungsfonds (IWF) mit dem Rückzug der 175 Mio. Dollar, die er für Nicaragua zurückgehalten hatte, während die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) 35 Mio. Dollar für ein Wirtschaftsprogramm zwischen Nicaragua und dem IWF „festhielt“. Diese Situation führte schließlich zur Verhandlungsbereitschaft des Präsidenten Bolaños mit den „Paktierenden“ (FSLN und PLC). Bolaños hat sich am Ende der Verhandlungen mit den „Paktierenden“ den Bedingungen des IWF gebeugt, was ihm weitere Minuspunkte im Ansehen vieler Länder der Region einbrachte.

---

<sup>41</sup> von Präsident Bolaños im Alleingang getroffene und für die Bevölkerung nicht nachvollziehbare Entscheidungen und Maßnahmen (Anmerkung der Übersetzerin)

Als wäre dies nicht genug, musste Bolaños im Mai 2005 den wirtschaftlichen Notstand ausrufen, um Widersprüchen mit der nicaraguanischen Gesetzgebung aus dem Weg zu gehen und eine Erhöhung der Strompreise um 11%<sup>42</sup> veranlassen zu können. Wegen der möglichen Verteuerung der öffentlichen Verkehrsmittel um \$ 0,03 kam es zudem zu beeindruckenden Demonstrationen, vor allem auf den Straßen Managuas.

Angesichts der Spannungen zwischen den bereits genannten drei Beteiligten, die einen nationalen „Dialog“ nicht zu realisieren vermögen (Exekutive vertreten durch Bolaños, PLC mit Alemán und FSLN vertreten durch Daniel Ortega), stellte sich der neue Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), der Chilene Insulza, als Vermittler zur Verfügung. Zwar verhandelte er mit jeder der drei Konfliktparteien an verschiedenen Orten, doch es gelang ihm nicht, alle um einen einzigen Tisch zu versammeln, geschweige denn, eine Konfliktlösung herbeizuführen. Während des Besuchs von Insulza schlugen die Paktierenden vor, die für 2006 geplanten Präsidentschaftswahlen vorzuziehen. Der Generalsekretär der OEA lehnte den Vorschlag ab, da eine solche Entscheidung die Charta der demokratischen Rechte verletze und Nicaragua international in Verruf bringe.

Während des Besuches von Insulza kam es in Managua zu einer historisch zu nennenden Demonstration, zu der sich Tausende Frauen und Männer aller Berufe und Schichten zusammengefunden hatten; ArbeiterInnen, Landwirte, HändlerInnen, AkademikerInnen, StudentInnen. Eine bunte Mischung, die nicht gegen den Kapitalismus protestierte, nicht gegen die Armut, nicht einmal gegen die Globalisierung, sondern die es ganz einfach Leid war, diesem institutionellen Chaos ausgesetzt zu sein. Sie wehrten sich gegen die permanenten Übergriffe auf die staatlichen Institutionen, zu dem es in den letzten Monaten durch den Pakt zwischen Liberalen und Sandinisten gekommen war. Das beantwortete eindrucksvoll die Frage, die kürzlich Sergio Ramírez, Schriftsteller und ehemaliger Minister der sandinistischen Regierung in den 80er Jahren, Mitgegründer der nun Lewites unterstützenden MRS, gestellt wurde: Die Frage, ob die nicaraguanischen Bürgerinnen und Bürger durch den Pakt wie „gebannt“ seien und mit einer Art „Stockholm-Syndrom“ lebten, das heißt in einer merkwürdigen Mischung aus Angst und Dankbarkeit, die in den Köpfen und Gefühlen der Menschen dazu führt, dass sie sich weigern, negative Gefühle gegenüber den Tätern, in diesem Fall den Paktisten, zu entwickeln. Offenbar nicht. Bleibt zu hoffen, dass diese Demonstration des Bürgerwillens die beiden Protagonisten zumindest mit Blick auf die bevorstehenden Ereignisse zum Nachdenken gebracht hat.

Eines dieser Ereignisse sind die Präsidentschaftswahlen 2006, an denen das Spektakulärste die wahrscheinlich erneute Kandidatur von Daniel Ortega ist. Zum vierten Mal in Folge wird er sich als Kandidat der Frente aufstellen lassen. Seine Position hat er unter anderem durch den unrechtmäßigen und willkürlichen Ausschluss des ehemaligen Bürgermeisters von Managua, Herty Lewites, aus der FSLN, gesichert. De facto gibt es nur noch einen einzigen potentiellen Gegenkandidaten innerhalb der Frente, den ehemaligen Wirtschaftsminister der Sandinisten Alejandro Martínez Cuenca, Vorsitzender des im Wirtschaftsteil zitierten Think Tanks FIDEG, welcher u.a. die - ebenso

---

<sup>42</sup> Das Problem der Strompreise geht zurück auf die 90er Jahre, als die Stromversorgung privatisiert und Erzeugung von Verteilung getrennt wurde. Die Erzeugung wurde an fünf Firmen übertragen, größtenteils in ausländischem Besitz. Die Verteilung übernahm Union FENOSA, ein spanisches Unternehmen, das einen Vertrag über 30 Jahre unterschrieb. Nun schuldet die Unión FENOSA den Erzeugergesellschaften hunderttausende Dollar und gibt an, sie nicht bezahlen zu können, es sei denn, man gestatte ihr eine Preiserhöhung um 11%.

willkürliche - Streichung der parteiinternen Primärwahlen zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten anführt. Lewites führt in den Umfragen zur Popularität potentieller Präsidentschaftskandidaten und genießt die Sympathien eines Großteils der FSLN-Basis. Lewites möchte sich nun, nach seinem Ausschluss aus der Frente, zur Wahl stellen, um die Prinzipien des Sandinismus zu „retten“. Die Partei, die ihn in diesem Anliegen unterstützt, ist das „Movimiento de Rescate del Sandinismo, MRS“ („Bewegung zur Rettung des Sandinismus“). Eduardo Montealegre ist im liberalen Lager in einer ähnlichen Situation. Er schien den Umfragewerten zufolge das Aushängeschild der Liberalen zu sein, Alemán kündigte umgehend an, dass er wegen seiner Nähe zu Präsident Bolaños niemals für ihn bürgen werde. Dennoch wurde Montealegre von verschiedenen kleinen Parteien wie der Partei der ehemaligen Mitglieder des nicaraguanischen Widerstandes (PRN), von „Contral“, dem „Liberal Independiente“ und vom „Movimiento de Salvación Liberal“ (MSL) als Präsidentschaftskandidat vorgeschlagen.

### **Allgemeine wirtschaftliche Indikatoren**

Die Wirtschaft Nicaraguas, des zweitärmsten Landes Mittelamerikas, hat für 2005 bescheidene Wachstumsaussichten, die vor allem auf Produkten wie Kaffee, Erdnüssen, Zuckerrohr, Rind- und Hühnerfleisch gründen.

Laut der CEPAL betrug das Wirtschaftswachstum im Jahre 2004 ungefähr 4%. Nach Zahlen der Weltbank erreichte das BIP pro Kopf jährlich 810 Dollar. Die offene Arbeitslosigkeit betrifft nach offiziellen Angaben beinahe 30% der Bevölkerung, ungefähr 580.000 Erwerbstätige. Wobei festzuhalten ist, dass in Ländern mit einem derart hohen Anteil an informell Beschäftigten (über 70 %) Indikatoren wie die der „Arbeitslosigkeit“ völlig untauglich erscheinen. Der linke Think Tank FIDEG beispielsweise schlägt ersatzweise Aussagen über „Unterbeschäftigung“ und „prekäre Beschäftigung“ vor. Die Auskunft, die FIDEG in Umfragen erbittet, lautet nicht etwa: „Estás trabajando?“ („Arbeitest Du?“) - wie das die ILO tun würde, vielmehr versucht die Organisation, über mehrere Fragestellungen die Art und Struktur der jeweiligen Beschäftigung zu erfassen.

Im Dezember 2003 belief sich die Außenschuld Nicaraguas auf 6,596 Mrd, davon waren beinahe 23% ausstehende Zahlungen. Im Rahmen der „Initiative für hochverschuldete arme Länder“ (HIPC) wurde dem Land im Januar 2004 ein Teil dieser Schulden erlassen, was sich in nominalen Werten auf eine Summe von 5,4 Mrd. Dollar<sup>43</sup> belief. Ob der nun erwartete Wirtschaftsaufschwung eintritt, bleibt eine Frage für die Zukunft.

### **Soziale Situation: Armut**

Die sozialen Indikatoren Nicaraguas sind alarmierend. Nach dem jüngsten Bericht des UNDP lag die Müttersterblichkeit bei 230 auf 100.000 lebende Säuglinge. Das ist nach Guatemala die zweithöchste Rate. Die Analphabetenrate bei Erwachsenen erreichte im Jahre 2002 23,3% und sie steigt jährlich zusehends, wie auch die Zahl der der Schule fernbleibenden Kinder (derzeit über eine Million). Und das in einem Land, in dem unter der sandinistischen Regierung in den 80er

---

<sup>43</sup> Institute of Social Studies, *Evaluación y Monitoreo de las Estrategias de Reducción de la Pobreza (ERP) en América Latina. Informe de país, Nicaragua 2004.*

Jahren eine weitgehende Alphabetisierung erreicht wurde. Beinahe 80% der Bevölkerung (über-)leben von 2 Dollar oder weniger am Tag. Nach Angaben der CEPAL im „Panorama Social de América Latina“ leben 69,3% der nicaraguanischen Bevölkerung in Armut, 42,3% gelten als bedürftig. In der Region übertrifft nur Honduras diese Zahlen mit jeweils 77,3 und 54,4%.

## **KUBA**

Kuba wird normalerweise aus zwei sehr unterschiedlichen Perspektiven wahrgenommen: Berichterstattung von außen, d.h. über Kuba, zeichnet regelmäßig das Bild einer vom System unterdrückten Bevölkerung, die scheinbar unisono den Fall des Regimes herbeisehnt und Dissidenten unterstützt. Und die Perspektive von innen: In Kuba selbst nämlich dreht sich vieles nicht um die große Politik, sondern um Menschen, die mit dem täglichen Durchkommen beschäftigt sind. Ihre dringlichsten Probleme sind, „Was koche ich und womit koche ich?“, wie ein Ökonom und Gesprächspartner der Stiftung unlängst formulierte – zugleich auf die nunmehr seit über einem Jahrzehnt anhaltende Versorgungskrise mit Lebensmitteln und Energie verweisend. Aber auch die Sorge vor einer möglichen Eskalation des permanenten Konflikts mit den USA seitens der USA und die Befürchtung, die letzten Errungenschaften der Revolution zu verlieren, bewegt die Menschen. Beispiel Gesundheitssektor: Zwar wird nach wie vor in medizinische Infrastruktur investiert, aber es sind häufig keine bezahlbaren Medikamente zu bekommen; zwar hat Kuba nach wie vor eine hohe Dichte von hervorragend ausgebildeten (Fach-)Ärzten, aber so viele von ihnen arbeiten inzwischen in solidarischer Kooperation im Ausland, dass KubanerInnen nicht mehr in jedem Fall mit dem entsprechenden Facharzt versorgt werden können. Für einen Großteil der Bevölkerung sind allerdings die Widrigkeiten des Alltags und die (wachsenden) Unzufriedenheiten mit dem System kein Grund, sich auf die Seite der Dissidenten zu schlagen: Es herrscht der Eindruck vor, dass diese ihre Rolle als Oppositionelle ausnutzen, um ihre persönliche Situation mit dem Geld aufzubessern, das sie von politisch an der Destabilisierung Kubas interessierter Seite erhalten.

## **Umwelt, Soziales und die Entdollarisierung der kubanischen Wirtschaft**

Die – offiziell anerkannten – schwerwiegendsten Umweltprobleme Kubas sind die Verschlechterung der Böden, die Abholzung, der Rückgang der Artenvielfalt und der Wassermangel. Ende 2004 räumte der stellvertretende Umweltminister José Díaz Duque ein, dass etwa 60% der Böden auf der Insel verschiedenartigen Erosions- und Vernutzungsprozessen ausgesetzt sind. Dazu hinterließ die schwere Dürre dieses Jahres vor allem in den östlichen Provinzen und in Camagüey ihre Spuren. Sancti Spíritus, die Provinz mit dem normalerweise besten Wasserpotential des Landes, brachte es im Dezember 2004 auf nur etwa 30% der üblichen Regenfälle. Statistiken belegten, dass Sancti Spíritus unter der schlimmsten Dürre der letzten 55 Jahre litt.

Doch auch Themen wie der Mangel an Wohnraum und die Dringlichkeit eines effizienten öffentlichen Verkehrssystems wird im Parlament (Asamblea Nacional de Poder Popular, ANPP) und im Politbüro der PCC diskutiert. Der öffentliche Nahverkehr jedenfalls sorgt für lange Wartezeiten und schwierige Beförderungsbedingungen. Die Sorgen der Menschen kommen bei der Regierung an, so die Botschaft. Doch schnelle Lösungen für die wahrhaft erdrückenden Alltagsprobleme der kubanischen Bevölkerung gibt es nicht.

Als wirtschaftliche Aufgabe par excellence hat die Regierung u.a. festgelegt, die geringsten Einkommen spürbar anzuheben, d.h. von 90 Pesos Rente auf über 200, auch der Mindestlohn wurde auf 250 kubanische Peso verdoppelt (das entspricht ca 11 EURO im Monat); darüber hinaus soll die Lohnentwicklung künftig stärker von der persönlichen Leistung abhängig gemacht werden und der kubanische Peso soll durch eine Reihe finanzpolitischer Maßnahmen stabilisiert werden. In diesem Zusammenhang wird die kubanische Regierung nicht müde, die Ersetzung des Dollars durch den „peso cubano convertible“ (CUC) als einen Gewinn an Währungssouveränität der Kubaner zu loben. Diese „Entdollarisierung“ hat tatsächlich dazu geführt, dass der kubanische Staat die höchste Dollarsumme seit der Legalisierung des Dollar im Jahre 1994 einziehen konnte. Ein relativ großer Teil der Bevölkerung jedoch hat durch diese Maßnahme eine weitere Einkommensschmälerung hinnehmen müssen, denn viele KubanerInnen leben von den sogenannten „remesas familiares“. Diese treffen in der Regel in der US-Währung auf der Insel ein. Die Entdollarisierung brachte aber einen 18%igen Wertverlust für Dollarbesitzer mit sich; 8 % durch Neubewertung des Peso gegenüber allen ausländischen Währungen plus - im Falle des Dollar - 10 % Strafsteuer, für alle, die die grünen Scheine nach dem staatlich festgelegten Stichtag tauschen. Diese Maßnahmen haben großen Unmut, der sich bisweilen auch öffentlich äußert, erzeugt. Bemerkenswert ist zudem die -Rezentralisierung anzeigende - Einrichtung eines Einheitskontos für sämtliche Devisengeschäfte. D.h. alle Unternehmen mussten ihre Konten dem Staat überantworten und gaben damit ihre Einwilligung zu zentraler Kontoführung. Spontane Käufe und Verkäufe macht das nahezu unmöglich. Die Firmen haben nun keine Möglichkeit mehr, über die von ihnen erwirtschafteten Devisen zu verfügen.

In den Monaten September und Oktober 2004 erlitt das Land die schwerste Energiekrise seit Jahren. Lange Stromausfälle waren die Folge des Ausfalls des größten thermoelektrischen Kraftwerks Kubas „Antonio Guiteras“. Die Krise brachte die Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen beinahe zum Erliegen. Die Vorkommnisse führten zur Absetzung des Ministers für Basisindustrie, Marcos Portal León. Für viele überraschend, war Portal León doch mehr als 20 Jahre im Amt und galt als einer der Fidel Castro am nächsten stehenden Politiker (er mit der Nichte des Staatschefs verheiratet) sowie als einer der effizientesten Mitarbeiter. Der Vorwurf lautet, er habe die politische Führung des Landes nicht auf die energiepolitischen Probleme aufmerksam gemacht und „schwerwiegende Managementfehler“ begangen.

### **Verhältnis zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten**

Im Verlauf des Jahres 2004 kam es erneut zu Spannungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten<sup>44</sup>. Der letzte Konflikt zwischen den beiden Ländern im Jahre 2004 entstand, als das Interessenbüro der Vereinigten Staaten in Havanna leuchtende Weihnachtsdekorationen anbrachte, die auf die 75 Gefangenen (s.u.) anspielten. Die kubanische Antwort war die massive Mobilisierung vor dem Büro und das Anbringen von Plakaten

---

<sup>44</sup> s. politischer Bericht 2004. Im Mai 2004 veröffentlichten die Vereinigten Staaten ihren „Plan zum Übergang zu einem demokratischen Kuba“, der die Schritte skizziert, die nach einem Sturz der Regierung Fidel Castro zu unternehmen sind. Die Mengen an Geld, die aus den USA nach Kuba fließen dürfen, wurden reduziert und auf Verwandte ersten Grades beschränkt; die Reisen in ihre Heimat für in den USA ansässige KubanerInnen wurden auf eine alle drei Jahre beschränkt, die Direktflüge zwischen Miami und Havanna gestrichen. Die US-amerikanische Regierung stufte Kuba als Land der „Achse des Bösen“ ein, das den Terrorismus fördere und beschuldigte es dubioser Finanztransaktionen. Als Reaktion verlas Fidel Castro zwei Texte, in denen er Bush öffentlich lächerlich machte. Es wurde das strategische Heer „Bastión 2004“ aufgestellt, und der Dollar wurde aus dem Verkehr gezogen.

mit Hinweisen auf die Übergriffe in den US-amerikanischen Gefängnissen auf der US-Militärbasis Guantánamo (auf kubanischem Territorium).

Dennoch erhöhte Kuba im gleichen Zeitraum die Investitionen in US-amerikanische Produkte. Havanna kaufte US-amerikanischen Unternehmen Produkte im Wert von 963 Millionen Dollar ab. Damit sind die Vereinigten Staaten für die Insel zum wichtigsten Lebensmittelanbieter und zu ihrem siebtwichtigsten Handelspartner geworden. Die Wiederwahl von Präsident Bush und die Ernennung von Condoleezza Rice zur Außenministerin lässt für die Zukunft weitere Konflikte zwischen den beiden Ländern vermuten.

### **Kuba - Europäische Union**

Im Juni 2003 verabschiedete die Europäische Union eine Reihe von Maßnahmen als Protest gegen die Festnahme von 75 Dissidenten, die zu bis zu 28 Jahren Haft verurteilt worden waren<sup>45</sup>. Die Europäische Union hielt die Sanktionen 20 Monate lang aufrecht. Im Februar 2005 kündigte sie jedoch die „zeitweise Aufhebung“ aller seit Juni 2003 gültigen diplomatischen Sanktionen gegen Kuba an und entschied, einen „konstruktiven“ Dialog mit den kubanischen Behörden aufzunehmen, zugleich aber auch intensivere Beziehungen zur Opposition zu unterhalten. Eine „Überprüfung“ der zeitweisen Aufhebung wurde noch „vor Juli 2005“ laut Vereinbarung der EU-Minister anvisiert.

Die Hinwendungen zu einem sanfteren Kurs gegenüber Kuba hat die EU aufgrund der Freilassung einiger der 75 Inhaftierten getroffen. Die Aufhebung der Sanktionen rief sehr unterschiedliche Reaktionen hervor; „tief enttäuscht“ zeigten sich die Reporter ohne Grenzen. Oswaldo Payá, der Vorsitzende des „Movimiento Cristiano de Liberación“ (MCL) forderte, die Wiederaufnahme des Dialogs der EU mit Kuba an die „bedingungslose“ Befreiung der 75 Gefangenen vom Frühling 2003 zu knüpfen. Eine weitere Gruppe von Dissidenten jedoch argumentierte, dass die Aufhebung der Sanktionen bessere Unterstützungsmöglichkeiten mit sich bringe, wohingegen während der Gültigkeit derselben absolut nichts erreicht worden sei. Die USA interpretierten die Aufhebung der Sanktionen als einseitige Konzessionen für Kuba; die Maßnahme könne „die harte Linie des Regimes“ in Havanna „ermutigen“ und die Opposition schwächen. Am Tag nach der Aufhebung der Sanktionen erklärte Fidel Castro: „Kuba braucht die Vereinigten Staaten nicht, Kuba braucht Europa nicht. Es hat gelernt, auf sie zu verzichten.“

### **Wirtschaft**

Kuba schloss das Jahr 2004 mit einem 5%igen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes ab; im ersten Halbjahr 2005 wurden gar circa 7 % Wachstum offiziell vermeldet. Das Land scheint also in einer Phase leichter wirtschaftlicher Erholung. In der Industrie verzeichneten 10 von 22 Branchen akzeptable Werte (Bergbau, Nichteisenmetallurgie, Elektronik, Zuckerindustrie, Baugewerbe und Kommunikationstechnik). Der Warenexport stieg um 32,5% und erreichte einen absoluten Wert von über 2 Mrd. Dollar; eine Zahl, die seit 1991 nicht erreicht worden war. Nach Außenhandelsminister Raúl de la Nuez überstieg der kubanische Handel im Jahre 2004 das Volumen von 7 Mrd. Dollar. Auch hier wurde das vor Beginn des „periodo especial“ erreichte Niveau

---

<sup>45</sup> Sanktionen: Einschränkung der hochrangigen Staatsbesuche auf Kuba, Verringerung der europäischen Beteiligung an kulturellen Veranstaltungen auf der Insel, Einladung von Vertretern der kubanischen Opposition zu nationalen Festlichkeiten der Botschaften der EU-Staaten in Havanna.

übertroffen. Vielleicht hat das die Staatsführung ermutigt, anzudeuten, dass man die sogenannte Spezialperiode („período especial“) hinter sich lasse. Das Problem ist jedoch, dass die KubanerInnen die volkswirtschaftlichen Erfolge in ihrem Alltag nicht wahrnehmen, da sie sich nicht in einer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse niederschlagen. Anzuerkennen ist, dass sich Kuba nach und nach - seit Beginn der 90er Jahre - aus der wirtschaftlichen Unbeweglichkeit, die durch die Abhängigkeit von den Volkswirtschaften des ehemaligen Ostblocks entstanden war, befreit hat. Das Land hat seine Wirtschaftsbeziehungen diversifiziert. Lateinamerika und der Karibikraum stellten letztes Jahr 32% des gesamten Handels mit Kuba. Venezuela nimmt - aus politischer Affinität und im Rahmen der Einführung des ALBA<sup>46</sup> - den ersten Platz im Außenhandel mit Kuba ein. Beobachter warnen schon vor neuen Abhängigkeitstendenzen, dieses mal statt von sowjetischem von venezolanischen Importen.

Im Tourismus wurde die Zahl von 2,05 Mio. TouristInnen jährlich erreicht, was eine Erhöhung um ungefähr 7,6% bedeutet. Der Tourismus ist damit die führende Branche des Landes. Pauschalтуризм in den Hochburgen im Osten der Insel und in Varadero ist erwünscht, Individualтуризм weniger.

In den Jahren 2004 und 2005 zeigt sich deutlich die Tendenz, größere Investitionen vor allem aus Ländern wie Venezuela, China und Brasilien ins Land zu holen, oft zu Lasten kleiner und mittelständischer Unternehmen. Das zielt in erster Linie darauf ab, die Rolle des Staates und die Kontrolle der in Kuba ansässigen Industrien zu stärken. Die Mitteilungen des kubanischen Ministeriums für Auslandsinvestition und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MINVEC) lassen keinen Raum für Fehlinterpretationen über das neue wirtschaftliche Klima. Das Interesse Kubas besteht laut MINVEC darin, „bedeutende ausländische Investoren in Branchen wie Energie, Bergbau, Biotechnologie und Tourismus anzulocken“, „aber den Inhabern kleiner und mittlerer Unternehmen ist es nicht gestattet, sich um Investitionen bewerben.“ Dies hat sich auch in selektiveren und ausschließenden Kriterien zur Bewilligung von Investitionen und in der Nichtverlängerung der Verträge mit kleinen und mittleren europäischen Investoren gezeigt. Darüber hinaus findet auch im MINVEC wie überall im Staatsapparat ein Rezentralisierungsprozess statt, der die harte Gangart unterstreicht: Durften bis vor kurzem noch dezentrale Einheiten des MINVEC in den Provinzen Entscheidungsvorlagen aufbereiten, so konzentriert jetzt der Hauptsitz des Ministeriums in Havanna wieder alle Verfahren und Entscheidungen.

Fidel Castro verkündete Ende Mai „oberste Priorität“ für den Aufschwung in der Energieversorgung. Kuba solle innerhalb eines Jahres

---

<sup>46</sup> Alternativa Bolivariana de las Américas (ALBA): Anfang 2005 von Hugo Chávez (Venezuela) lancierter Plan zur strategischen Zusammenarbeit mit dem Ziel, „der vorteilhaftesten produktiven Kooperation auf der Grundlage von Rationalität, Nutzung komparativer Vorteile, Einsparung von Ressourcen, ...wirklicher Solidarität... zum Vorteil beider Länder“. Bestandteile des Plans:

- Einweihung von 600 ganzheitlichen Diagnosezentren, 600 Rehabilitationseinrichtungen und 35 spitzentechnologischen Zentren in Venezuela im Jahre 2005, die kostenlose medizinische Versorgung gewährleisten.
- Kostenlose medizinische Versorgung in Venezuela durch 30.000 kubanische Ärzte.
- Kostenlose Behandlung 100.000 venezolanischer Bürgerinnen und Bürger mit Sehstörungen in Kuba.
- Kuba unterstützt Venezuela in der Alphabetisierung von 1.4 Mio. Venezolanern.
- 104 kubanische Exportposten erhalten Zollvergünstigungen.
- Importe aus Venezuela bezahlen keine Importrechte. Dasselbe gilt für Schiffe aus Venezuela.
- Kuba erhält 412 Mio. in venezolanischen Produkten mit dem Ziel der Weiterverarbeitung und begünstigt dadurch die Schaffung 100.000 neuer Arbeitsplätze.
- Planung von 11 Großprojekten zur Gründung gemischter Unternehmen.
- Abkommen über Auffinden und Nutzung, Verfeinerung, Import, Export und Vermarktung von Kohlenwasserstoffen und ihren Derivaten.

über eine Mio. Kilowatt mehr verfügen, um die Energienachfrage zu befriedigen. Als dringende Maßnahme wurde beschlossen, ein Projekt zum Aufbau kleiner und mittlerer Energieerzeuger ins Leben zu rufen. Der spanische Konzern Guascor und die deutsche Mercedes Benz haben sich interessiert gezeigt. Außerdem wird das kubanisch-kanadische Unternehmen Energias die Stromerzeugung mit Biogas erhöhen, das spanische Unternehmen Gamesa prüft den Aufbau eines Windkraftwerkes. Entscheidend ist jedoch der Erdölsektor. Die spanische Erdölfirma REPSOL YPF hat bis zu vier mögliche Lagerstätten mit einer Produktionskapazität von ungefähr 6.116 Barrels täglich identifiziert. Die Bedeutung dieser Entdeckung verleitet den Vorsitzenden der Sektion für Erdöl- und Erdgasvorkommenisse von Cambridge Energy Research Associates, Robert W. Esser, in der New York Times zu der Aussage, dass „Kuba in die Kategorie anderer Länder aufsteigen könne, die zwar als riskante, aber hoffnungsträchtige Ziele für die Entwicklung der Erdölindustrie in Erscheinung treten, wie Mauritien, Senegal, Marokko und Guinea-Bissau“. Kuba ist also einen Schritt weiter auf dem Weg zur heiß ersehnten energetischen Selbstversorgung.

Die bereits beschriebenen Rezentralisierungstendenzen zeigen sich auch in anderen Bereichen: Ungefähr 2.000 Arbeitsgenehmigungen für Selbständige in der Hauptstadt wurden in jüngster Zeit zurückgezogen. Mitte 2004 hatte das Arbeitsministerium eine Norm veröffentlicht, durch die 40 Kategorien selbständiger Tätigkeit abgeschafft wurden, darunter Zauberer, Alleinunterhalter bei Kinderfesten, von Familien geführte Restaurants (die berühmten „paladares“) oder etwa Produzenten von Blumenkränzen. Das mag anekdotisch klingen, erschwert aber in Kuba die Bereitstellung von dringend benötigten Dienstleistungen, die auf dem kubanischen Pesomarkt nur unter großen Mühen zu bekommen sind. Die Regierung argumentiert, dass die Kategorie der Selbständigen als vorübergehende Erscheinung zu Zeiten der Wirtschaftskrise („período especial“) eingeführt worden war und mit Eintreten wirtschaftlicher Verbesserungen die Aktivitäten der in diesem Bereich Beschäftigten wieder vom Staat abhängig gemacht werden könnten. Man wolle die selbständig Arbeitenden jedoch nicht „entmutigen“, sondern lediglich ihre Tätigkeiten „regulieren“.

Silke Helfrich (unter Mitarbeit von Lina Pohl, Jorge Villareal, Melanie Henneberger und Anne Sieberer)  
Mexiko D.F, El Salvador, Managua, Havanna  
Juli 2005